



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

30.01.1932 (Nr. 25)

LNZ

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung Kurt Thiele Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15 Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domstraße 25878

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM. 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Beistellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezogener keinen Anspruch auf Nachzahl. des Bezugspre.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gep. Nonp.-Zeile RM. 0,25, auswärtig RM. 0,30, im Fernland die 4gep. Zeile RM. 0,50, auswärts RM. 1,—, Stellengänge u. Familien-Anzeigen RM. 0,10, kleine Anzeigen RM. 0,15, Platznachrichten ohne Verbindlichkeit.

Einzelpreis 15 Pfennig

Sonnabend, 30. Januar 1932 • Nummer 25

Kulturschande!

Frier, 30. Jan. Im Jahre 1931 sind auf der Station Berl (Obermoßel) auf dem Wege zur Fremdenlegation festgestellt insgesamt 244 Personen gegenüber 411 im Jahre 1930, darunter 99 Jugendliche gegenüber 121 im Jahre 1930. Die Höhe der Zahl von 1930 ist durch die Neueinstellung mehrerer Regimenter in der Fremdenlegation gegeben, für die sich 3. St. Deutsche anwerben ließen.

Wir warnen Deutschland!

Strohmänner des Zentrums - Ernste Spannung zwischen Amerika-Japan

Wieder ein Hitlerjunge zusammengeschlagen

Königsberg, 29. Jan. Am Donnerstagsabend wurde auf dem Sachheim, einem Königsberger Arbeiterviertel, der 14jährige Schüler Guald Tönges von vier jugendlichen Nazis im Alter von 14 bis 17 Jahren überfallen und da er sich zur Hitlerjugend bekannte, mit einer Eisenkette gefesselt. Mit einer schweren Eisenkette wurde das Kind in eine Klinik geschafft.

Frühere Reichstageseinberufung?

Berlin, 29. Jan. Die Festsetzung des Termins für die Reichspräsidentenwahl wird, wie die LN. aus parlamentarischen Kreisen hört, durch den Reichstag selbst erfolgen und nicht durch seinen Ständigen Ausschuss.

Da der 23. Februar, an dem der Reichstag wieder zusammenzutreten beschlossen hat, zu spät für die Festsetzung des Termins für die Reichspräsidentenwahl ist, wird die Einberufung, wie die LN. weiter hört, erfolgen, sobald die Vermählungen um die Kandidatur Hindenburgs abgeschlossen sind. Reichstagspräsident Loh wird dann den Reichstag zum Zweck der Bestimmung des Wahltermins sofort einberufen, da ja aus der Mitteilung der Parteien, die die Kandidatur Hindenburgs unterstützen, hervorgehen dürfte, daß nunmehr eine Mehrheit des Reichstags seine Einberufung wünscht.

Der unter Leitung des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Sahm stehende Ausschuss zur Vorbereitung der Kandidatur Hindenburgs glaubt, wie man weiter aus parlamentarischen Kreisen erfährt, am Montag mit seinem Aufruf an das Volk vor die Öffentlichkeit treten zu können. Theoretisch würde also eine Einberufung des Reichstags schon für die übernächste Woche möglich sein. Da sich jedoch der Reichstagsaufruf zu dieser Zeit in Genf aufhalten wird, so wird voraussichtlich ein etwas späterer Termin für den Zusammentritt des Parlaments gewählt werden müssen.

Vorläufig keine Änderung in der Arbeitslosenversicherung

Berlin, 27. Jan. Ein Berliner Blatt berichtet über bevorstehende Änderungen in der Organisation der gesamten Arbeitslosenversicherung und erklärt, daß die entsprechenden Pläne des Reichsarbeitsministeriums auch bereits im Kabinett erörtert worden seien. Wie von zuständigen Stellen hierzu mitgeteilt wird, liegen noch keine Pläne vor, die auf eine Änderung des bisherigen Zustandes schließen lassen. Demnach handelt es sich hierbei um bereits vor einiger Zeit von dritter Seite kommende Empfehlungen, die auf eine Vereinfachung der gesamten Arbeitslosenversicherung hingen.

„Die Hindenburgfront“

Das auch nationale Lager, in dem das Zentrum nach dem mißglückten Versuch Dr. Brüning's in den letzten Wochen enst tätig war, macht nun richtig in „Hindenburgfront“. Männer, die im politischen Leben Deutschlands gar nichts bedeuten, Interessen der dankerollen Systemparteien, jüdische Kommerzienräte usw. haben sich zu einem Aufruf zusammengesetzt, um eine „Volksfront“ für den Reichsmarschall zustande zu bringen. Die politische Bedeutungslosigkeit dieser Herrschaften ist gleich proportional ihrer Annahme. Sie haben sich aber noch immer nicht begriffen, daß das heilige Leben der Nation über sie längst hinweggegangen ist, daß sie nur noch Verkleinerungen darstellen, die dadurch nicht lebendig werden, daß sie in der schwarzen Systempresse wieder einmal gedruckt werden.

Ob gewollt oder nicht, sie alle sind vorgegebene Reiten der frontobilen Erfüllungspolitik des bankrotten Zentrums, das sich jedenfalls schon selbst so kompromittiert hat, daß es gar nicht mehr mag, offen vor die Nation zu treten, weil jedermann heute in Deutschland weiß, daß es um nichts anderes mehr geht als um die unpolitische, den Gesamtmarxismus aufzulebende Herrschaft des Zentrums über das deutsche Volk. Im Juli 1917 verbündete sich dieses Zentrum offen mit den Dittmanns und Scheidemanns, im November 1918 pflückten beide Parteien die Früchte ihres Verrats und bestellten alle erreichbaren politischen Pfünden.

Ein politisches Falschspiel nie gesehenen Ausmaßes setzte ein: Einerseits schickte das Zentrum das rote Unternehmertum gegen die deutsche Freiheitsbewegung vor, andererseits „hebt“ es gegen Bolschewismus und Gottlosenverbände, betont sein „Nationalgefühl“ und preist sich als Hort des Christentums an. Man hoffte mit Hilfe dieses infamen Spieles den deutschen Nationalwillen auszurollen und die deutsche Nation für immer zu einem Volk dritten Ranges zu stempeln. Ja bezeichnete es als religiöse Aufgabe, die Bildung eines deutschen Nationalstaates zu verbinden, wie Dr. Meunier, ein besonderer Bewunderer Dr. Brüning's.

Nun versucht das den Bolschewismus großtunende volkverräterische Zentrum die nicht alle werdenden Nationalen vor seinen Karren als Schläpper zu hängen mit der Absicht, das erwachte Deutschland „vor vollendete Tatsachen“ zu stellen. Quert also die frommen Zentrumsbürgermeister, parteilose Kriegerveterane, geschäftliche Rechtsgelahrte und wenn diese alle unter einem großen schwarzen Hut gebracht sind, dann sollen sich die anderen Gruppen vor der „Eigennutzen (Vordr.) Front“ hinzugeben. Noch werden diese nicht genannt, es wäre peinlich, gleich am ersten Tage Herrn Sahm neben Emil Barth, Herrn von Cramer-Klett neben Dittmann, General Graf Bothmer neben Crispian, Frau Gertraud Wolf neben Toni Sembr aufzuführen zu lassen. Aber diese alle haben sich schon angeboten, „das kleinere Übel“ (Hindenburg) zu wählen und der fromme Prälat Kaas, Vorkämpfer für die fromme Republik, dankt lächelnd seinen Bewährten

Silfstruppen. Es ist doch für ihn wirklich verlockend, etwa gar nach den Stoffhändlerbund neben das Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß hinzustellen. Göring, Göttermann und Kriemler neben dem General von Horn (oder gar neben Seldie und Duesterberg) vor dem Zentrumsoberbefehlshaber stehen zu sehen — alles für die Festigung der Dauerherrschaft der getreuen Nachfolger Matthias Erzbergers.

Die Stellung des nationalen Deutschlands zu diesem bösen Spiel ist ganz eindeutig:

Wir lassen uns nicht vor „vollendete Tatsachen“ stellen.

Wir stehen nicht in „einer Front“ mit den Dittmanns und Crispian's.

Wir haben nicht 12 Jahre gegen die volkverderbende schwarze Herrschaft gekämpft, um die gleiche Young-Koalition im Sattel zu erhalten.

Wir haben das Vertrauen, daß auch der Reichspräsident von Hindenburg sich nicht gegen das erwachte Deutschland zu Ruhe und frommen der Dittmanns und Crispian's mißbrauchen läßt.

Die Nationalsozialistische Volksbewegung, hinter der heute allein 15 Millionen deutsche Wähler stehen, wird sich nicht blaffen lassen und tiefen amnestischen politischen Geschäften machern im Namen des deutschen Volkes die ihnen gebührende Antwort erteilen.

Wir warnen deshalb alle Deutschen, den Vermählungen des schwarzroten Systems noch weitere Beachtung zu schenken und sich als Marionetten gebrauchen zu lassen. Die Präsidentenwahl ist eine der wichtigsten politischen Lebensfragen, es ist deshalb absurd, gerade sie angeblich durch ein „unpolitisches“ Gremium entscheiden zu wollen, hinter dem sich aber doch nur der schwarze und rote Marxismus verborgen halten, um nach gelungener Überbelohnung ihren Ausrottungskampf gegen die deutsche Wiedergeburt mit verdoppelter Stärke weiter zu führen.

Der Nationalsozialismus wird sich die Entscheidung nicht aus den Händen werden lassen und den ganzen Spieß dieser abgetakelten bewußten Feigenossen vertreiben. Im Vollstand der Zukunft zu vertreten, wird er sich nicht scheuen, zu gegebenen bekanntzugeben und wird nicht hinter dem Rücken einen „unpolitischen Herren“ Parteigeschäfte eines bankrotten Systems betreiben, wie es Zentrum und „Eigennutzen Front“, schuldbehaftet und vor der Abrechnung zitternd, heute zu tun bemüht sind.

Deutschland hört heute auf Adolf Hitler.

Dongalewski bei Laval

Moskau (über Komma), 30. Jan. Nach einer amtlichen Mitteilung des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten empfing der französische Ministerpräsident Laval den russischen Botschafter Dongalewski und hatte mit ihm eine längere Unterredung über die Fortsetzung der Verhandlungen über einen russisch-französischen Nichtangriffspakt.

Es wird ernst im Osten!

Schanghai, 29. Jan. (Draht) Japanische Truppen haben am Donnerstag die chinesische Stadt von Schanghai, Chapei, besetzt.

London, 29. Jan. (Draht) Britischen Meldungen aus Schanghai zufolge nahmen japanische Kriegsschiffe das chinesische Fort Waikang unter Feuer, nachdem angeblich die Chinesen vorher die Feindseligkeiten eröffnet haben.

Berlin, 29. Jan. (Draht) Die Lage im Fernen Osten hat sich in den letzten 24 Stunden außerordentlich zugespitzt. Wie zahlreiche Telegramme aus Washington, London, Schanghai und Tokio erkennen lassen, hat die japanisch-amerikanische Spannung durch den Einmarsch der Japaner in Schanghai einen Grad erreicht, der zu ernstlichen Befürchtungen Anlaß gibt, nachdem angeblich ihre Vermählungen fort, Englands Unterstützung gegen die Landung der japanischen Truppen in Schanghai zu erhalten.

Am Donnerstagabend wurde in Washington an höchster Amtsstelle erklärt, daß die Vereinigten Staaten sich schärfstens gegen die japanischen Verhältnisse in Schanghai zu bekämpfen werden. Gegen die Verletzung des chinesischen Territoriums in Schanghai wurden in amerikanischen Regierungskreisen ebenfalls scharfe Bedenken geäußert. Auch in London wird die Lage als sehr ernst bezeichnet, um so mehr, als man sich täglich darüber im klaren ist, daß Washington eine Verletzung der chinesischen Hoheitsrechte durch Japan nicht dulden wird. In englischen politischen Kreisen will man wissen, daß Washington den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Tokio für den Fall erwägt, daß eine Einigung in absehbarer Zeit nicht zustande kommt.

Die aus Tokio vorliegenden Meldungen lassen auf ein Einlenken Japans vorläufig nicht schließen. In maßgebenden Kreisen in Tokio wird erklärt, daß wirtschaftliche Gegenmaßnahmen Amerikas zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen müßten. Es wird allerdings bezweifelt, daß Amerika Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet trifft, da die Vereinigten Staaten ein größeres Interesse an der amerikanischen Ausfuhr nach Japan hätten als Japan an amerikanischen Markt.

Anwendung des Artikels 15 vom Rat beschlossen

Genf, 29. Jan. Nach mehrstündiger Aussprache beschloß der Rat auf Grund des chinesischen Antrages, das offizielle Verfahren des Artikels 15 einzuleiten. Die chinesischen und japanischen Vertreter wurden ersucht, entsprechend den §§ 1 und 2 des Artikels dem Generalsekretär des Völkerbundes sofort eine entsprechende Darstellung der Streitlage und der einschlägigen Beweismittel zu übermitteln, auf Grund deren der Generalsekretär in den nächsten Stunden dem Rat Vorschläge für das Verfahren machen soll.

Und nochmals: Frankreichs Absichten auf die Reichsbahn

Angst vor der deutschen Wirtschaftskonkurrenz

Paris, 29. Jan. Zu einer Sabasemmelung aus London unterrichtet das halbamtliche französische Nachrichtenbüro die angeblichen Auswirkungen einer eingehenden Betrachtung, die eine vollständige Streichung der Tribute auf die Reichsbahn haben würde. Der Dawesplan, so heißt es, habe der Reichsbahn einen jährlichen Anteil an den Reparationszahlungen in Höhe von 660 Millionen Mark auferlegt. Dieser Betrag sei auch im Young-Plan aufrechterhalten worden. Seine Aufhebung würde die Reichsbahn im Gegensatz zu den Eisenbahnen anderer Länder in eine besonders bevorzugte Lage bringen.

Während die französischen Eisenbahnen 60 Milliarden Franken, die englischen 100 Milliarden und diejenigen der Vereinigten Staaten 675 Milliarden Franken zu verzinzen hätten, blieben für die Reichsbahn in diesem Falle nur 12 Milliarden Franken. Die Vorteile einer derartigen Lage würden sich sofort auf die Gesamtheit der deutschen Industrie auswirken, deren Selbstkostenpreise dementsprechend fallen müßten. Die bevorzugte Stellung der Reichsbahn zusammen mit den verhältnismäßig geringen öffentlichen Schulden, die sich ebenfalls aus der Streichung der Tribute ergäben, würden, müßten für die deutsche Wirtschaft einen für die Weltkonkurrenz folgenreichen Vorteil bedeuten.

Der erneute Hinweis auf die angebliche Vorfertigung der Reichsbahn gegenüber den ausländischen Eisenbahnen zu dem ausgesprochenen Zweck, ihre Tributpflichtigkeit zur Vordringlichkeit der deutschen Wirtschaftskonkurrenz nachzuweisen, ist ein Beweis dafür, daß man in Frankreich den Gedanken noch nicht aufgegeben hat, die Hand auf die Deutsche Reichsbahn zu legen.

Die Anrechnung des halbamtlichen französischen Virens aber auch fälschlich von bössigen falschen Voraussetzungen aus. Der Reichsbahn war es nur deshalb eine Zeitlang möglich, die ihr auferlegte jährliche Tribute aufzubringen, weil der Dawes-Plan und später der Young-Plan sie verpflichtet hatte, diese Summen auf jeden Fall aufzubringen, während der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland selbst den ausländischen Anleihen zu verdanken war, mit denen also praktisch die Tribute bezahlt wurden. Nunmehr hat es sich erwiesen, daß infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges auch die Reichsbahn schwere Einbußen erlitten, in den zwei letzten Kriegsjahren sämtliche Reserven aufgebraucht hat und somit gleichfalls in den allgemeinen Niedergang hineingezogen worden ist. Die letzten Monatsausweise sowie die geistliche Feststellung des Verwaltungsrates, daß die Einnahmen gegenüber 1930 um 15,9 v. H. und gegenüber 1929 um 28,2 v. H. zurückgegangen sind, sprechen eine deutliche Sprache. In einer späteren Regelung aber wiederum eine Tributpflicht der Reichsbahn aufzunehmen, würde eine völlige Herauslösung dieses monopolartigen deutschen Verkehrsunternehmens aus den gesamten übrigen Wirtschaftsbedürfnissen Deutschlands und damit letztlich eine rechnerische Verdrängung der deutschen Tributlast auf diesen Verkehrsbezirk bedeuten, wogegen die Tributlast im Grunde nichts weiter als der gesamten deutschen Volkswirtschaft aufgebracht werden müßte. Zu wiederholten Malen ist aber auch weiterhin von den berufenen deutschen Stellen fort in den Gutachten internationaler Sachverständiger nachgewiesen worden, daß den verhältnismäßig geringen öffentlichen Schulden in

Deutschland eine noch viel größere Verarmung infolge der Kriegslasten und der Inflation gegenübersteht und daß die öffentlichen Schulden in Deutschland nur deshalb verhältnismäßig gering sind, weil sie durch die Inflation annulliert wurden, und auch kein Geld vorhanden war, sie wieder aufzuwerfen.

Alles in allem bedeutet die immer wiederholten Versuche, wenigstens die Reichsbahn als eine Art Tributprovinz im Deutschen Reich zu erhalten, eine schon nicht mehr gutwillige Verkennung der bringenden Empfehlungen sowohl der bayerischen Sachverständigen, als der ausländischen Stillhaltegläubiger.

Letzte Krämpfe

Beschärfung des Uniformverbots in Preußen

Berlin, 28. Jan. Wie der Antliche Preuß. Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern in einem Minderheitsauslegungsratsbeschluss zum Uniformverbot der vierten Notverordnung herausgegeben. U. a. fallen auch Kleidungsstücke, die von der üblichen bürgerlichen Kleidung nicht abweichen, unter das Uniformverbot, wenn sie infolge ihrer erkennbaren einheitlichen Aufmachung dazu bestimmt sind, ihre Träger als Angehörige einer bestimmten politischen Organisation zu kennzeichnen.

Selbstverständlich ist diese Maßnahme wieder einzig und allein gegen unsere SA- und SS-Leute gerichtet; sie gilt den braunen Hemden und Hosen, die man eben nicht mehr sehen möchte. Daß es aber notwendig wäre, endlich einmal energig gegen die Kommune und die „Eiserne Front“ vorzugehen, die nicht nur mit Wörtern und Bürgerkrieg drohen, sondern es Tag für Tag in die Tat umsetzen, daran scheint der preussische Innenminister vorläufig noch nicht zu denken.

Der 8. Mai, ein deutscher Schicksalstag

Auf einer Versammlung der Staatsparteilichen Beamten Hamburgs machte der gleichfalls staatsparteiliche Präsident Christian Koch die Mitteilung, daß die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft voraussichtlich am 8. Mai, dem Tage der Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und vielleicht auch Baden, stattfinden würden.

Die jetzt arbeitende Bürgerschaft ist erst im vergangenen Herbst gewählt worden. Sie hat es aber bis heute nicht fertigbekommen, für einen neuen Senat eine regierungsfähige Mehrheit zu schaffen. Gegenwärtig regiert noch immer der alte Senat — Volkspartei bis SPD, als zurückgetretener, gleichgültig aber geschäftsführender Senat. — Im letzten Wahljahr konnten wir von 160 Sitzen insgesamt 43 erobern.

Neuer Zwischenfall an der russisch-rumänischen Grenze

Bukarest, 28. Jan. Am Mittwoch ereignete sich ein neuer Grenz Zwischenfall. Die russische Grenztruppe feuerte auf zwei Männer, die nach Ausland entkommen wollten. Einer wurde getötet und einer schwer verletzt.

Neue Sowjet-Republik

Moskau, 29. Jan. Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union meldet, daß an der Grenze der Provinzen Kasak und Suman eine neue chinesische Sowjet-Republik ausgerufen wurde. Die neue Republik hat sofort alle sowjetrussischen Gebiete, unter anderem die über Nationalisierung des Privateigentums eingeführt.

Gedanken zum Goethejahr

An den materiellen Umständen gemessen kann man die Vorbedingungen für das Goethejahr nicht gerade günstig nennen, und doch hat dieser Juwelen, der der Kulturführung und Ausgestaltung der Welt die Schranken auferlegt, sein Gutes. Wir Deutschen leben in einer Zeit kultureller Neuformierung und sind stark mit der Prägung ihres zukünftigen Geistes beschäftigt. Dabei sind wir besonders darauf angewiesen, uns die Entwicklungsgeschichte deutschen Geistes und deutschen Empfindens wieder vor Augen zu führen, um zu erkennen, wie weit wir heute mehr denn je davon entfernt sind. Um das nachzufühlen, ist es nicht zweckmäßig, sich mit Geistesprodukten von Leuten zu befassen, die dem deutschen Wesen, sowie seiner Symbolgestalt Goethe, aus rassistischen Gegenwärtigen fremd gegenüberstehen. Wir brauchen keine Goethebiographie des Juden Emil Ludwig (Gohn) und sind froh, daß uns die schärfste Wissenschaftler von einem Mehr an Gleichgültigkeit befreit hat.

Muß schon zwangsmäßig die innere Einstellung des jüdisch-liberalistischen Literaten zu Goethe eine andere sein, als sie uns innewohnt, so scheinen die Ansichten über die zweifelhafte Würdigung seiner Persönlichkeit anfänglich seines 100-jährigen Todestags grundlegend verschieden zu sein. Es ist ein absoluter Mangel an Ein-

führungsbereitschaft, wenn man annimmt, der größte deutsche Dichter aller Zeiten könne nur durch Trinken und Gedächtnisübungen und durch Ausübung seiner hinterlassenen Bibliothek hyn. Herausgabe von wohlfeilen Nachahmungen seiner Werke geehrt werden.

Wir sind dem Bremer Stadttheater zu dankbar, daß es sich von dieser unglücklichen Einstellung freigemacht hat. Auch wir sind der Meinung, daß es in der heutigen Zeit von Vorteil ist, neben den Werken Goethes die heutigen Vertreter seines Geistes zu zeigen. Mit der Aufführung von E. G. Kolbenheyer „Jagt ihn — ein Mensch“ ist ein wichtiger Schritt in dieser Hinsicht getan.

E. G. Kolbenheyer

„Jagt ihn — ein Mensch“

Nur eine kleine Reihe unserer modernen Dichter und Schriftsteller hat die deutsche Kulturkritik nicht erreicht. Zu ihnen gehört der Wiener Dichter-Philosoph Erwin Guido Kolbenheyer. Inmitten einer Zeit künstlerischer Wirrungen und Irrungen hat er ruhig seinen Weg gefunden. Unbeeinträchtigt von modernen Zeitströmungen ist er geradezu zu berufen, die Ursachen der heute herrschenden Mißstände zu ergründen. Der Philosoph ist zu dem Schluss gekommen, daß in allen Gebieten eine bestimmte Gesetzmäßigkeit die Herrschaft hat, die der nach innerer Vollendung Strebende erkennen muß.

Bremische Bürgerschaft

Unser Dringlichkeitsantrag angenommen

Sitzungsbericht

Um 16 Uhr eröffnete Hr. v. d. Haas die heutige Sitzung. Zuerst ging man an die Erledigung der kleinen Anfragen und Interpellationen. Hr. Heider wandte sich hierbei gegen die durch die Karstadt-Betriebe geschädigten selbständigen Bäckermeister in einer Anfrage, die wir gestern brachten.

Die Anfrage bezüglich der Beihilfen für bauliche Arbeiten wurde vom Senat folgendermaßen beantwortet:

Auf Grund von etwa 90 mündlich erteilten Auskünften sind bis zum 15. Januar d. J. 10 schriftliche Aufträge auf Bewilligung der Förderungszuschüsse gestellt worden. Es handelt sich dabei um äußere Hausreparaturen, Malerarbeiten, Einbau einer Heizung und um 6 Aufstockungen mit einem Gesamtbauwert von rund 62.000 Mk. Inzwischen ist die am 15. Januar abgelaufene Frist bis zum 31. März d. J. verlängert worden. Seit der neuen Bekanntmachung sind außer verschiedenen mündlichen Anfragen 7 weitere Aufträge mit Gesamtaufkosten von rund 110.000 Mk. eingegangen.

Auf eine kleine Anfrage betr. die Feuerstellen der Seeleute wurde vom Senat die Antwort:

Die paritätische Feuerstelle für Seeleute in Bremen führt ihren Geschäftsbetrieb nach Grunddaten, die vom seemannschaftlichen Verwaltungsrat genehmigt sind. Der seemannschaftliche Verwaltungsrat ist Aufsicht- und Beihilfegestellter für die seemannschaftlichen Feuerstellen. Der seemannschaftliche Verwaltungsrat untersteht seinerseits der Aufsicht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß der Senat für die Beantwortung der gestellten Anfrage nicht zuständig ist.

Zu unserer Interpellation über die schamlosen Vorgänge bei der Spargentrale hatte der Senat nur folgendes vorzubringen; daß er noch immer warte, bis die Finanzdeputation ihre Prüfung beendet habe.

Die Vorlage über die Änderung der Steuerordnung für die Religionsgemeinschaften wurde auf Antrag P. a. g. s. (N.) vertagt, um der Landwirtschafts- und Gewerbeämter noch Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

Die Änderung des Polizeibeamtengesetzes wird jetzt ohne Debatte angenommen.

Im Namen der Geschäftsordnungs-Kommission und auf eigenes Verlangen von Dr. Hertel wird dessen Immunität aufgehoben. Ein Antrag Dr. Schödl (SPD) zur Klärung und Ergänzung der Mißverständnisse des Grundgesetzes wird mit einem Zusatzantrag der SPD angenommen.

Dann wurde der nationalsozialistische Dringlichkeitsantrag bezüglich einer gerechten Fürsorge für die Kleinrentner von P. a. Heider in einer langen Debatte behandelt. Der Antrag lautet:

Die Bürgerschaft beschließt: Der Senat wird ersucht, die Verordnung des Senats vom 9. Januar 1932 infolge abzuändern, als in dieser Verordnung der § 84 des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1925 außer Kraft gesetzt wird. Den früheren Kapitalrentnern sollen also auch künftig die Aufwertungseinnahmen bis zur Höhe von 180 Mk. jährlich auf die Höhe der gehobenen Fürsorge nicht angerechnet werden.

Als P. a. Heider bei der Begründung seines Dringlichkeitsantrags die Inflation des Juden Jüdisch als Verbrechen bezeichnete, entsteht natürlich bei der SPD, die sich er-

heblich getroffen fühlt, großer Ärger. Aber P. a. Heider bemerkt ihnen daraufhin an Sand klarer Beweise die Inflationsgewinne dominanter marxistischer Führer und kommt zu dem Schluss, die Unrechtsbeteuerungen der SPD, seien nichts als Schmeichelei. Man habe gegen Inflationen ein Recht, man habe kein Verbrechen nicht gehalten. Es sei eine frange Ungeheuerlichkeit, daß diese Vorkommnisse, denen der Senat alles genommen habe, auch noch die Fürsorge zu kürzen und es sei eine Selbstverständlichkeit, wenn man dem geschädigten kleinen Kapitalrentner ihre Aufwertungseinnahme bis zu 180 Mk. jährlich auf ihre Fürsorge anrechne.

Frau Stiegler (SPD.) sprach sich natürlich aus „Hoffenstündchen“ Klärung der unteren Sozialantrag aus. Die Staatspartei stimmte durch Frau Schöpp dem Antrag zu. Frau Eildermann (SPD.) predigte allerlei Unnütze über nationalsozialistische Inflation, die Kapitalrentner bekämen zwei Unterfertigung und sie beantragte im Namen ihrer Fraktion, die es ansehend aus Agitationsgründen nicht mochte, unserem Antrag auszuweichen, ein ganz neues Fürsorgegesetz. Die Deutschnationalen stimmten durch Frau Bridenten unserm Dringlichkeitsantrag zu, ebenfalls die SPD. Schucht (SPD.) hat natürlich wieder einiges auszusagen und möchte den Antrag an die Behörde für Wohlfahrt übermitteln sehen. Seine Begründungen sind alles andere als stichhaltig. Schmidt (SPD.) behauptet, an Stelle seiner Vorgesetzten sei Minister Jüdisch für die Inflation verantwortlich. (Großes Gelächern.) Der neue Senat habe kein Interesse daran, an diejenigen Geld zu geben, deren Kapital dem alten Senat zur Kriegsführung gebührt habe (1) und lehnt natürlich unseren Antrag ab. Im Schlußwort wendet sich P. a. Heider gegen die Diskussion über Klassenbegriffe und Klassenkampf ab mit der Begründung, daß wir in jeder Beziehung zu einer Deutschen seien. Er bittet um die Annahme seines Antrages.

Bei der Abstimmung wird unser Dringlichkeitsantrag mit großer Mehrheit natürlich gegen SPD. und SPD. angenommen.

Jetzt entpinnt sich eine lange lächerliche Diskussion über einen kommunistischen Antrag, der die Aufhebung des Demonstrationsverbotes für den 4. Februar verlangt. Und hier haben die Brüder von hell- und dunkelrot einmal wieder Gelegenheit, sich gründlich die Wahrheit zu sagen.

P. a. Pfeiffer nimmt im Namen unserer Fraktion kurz Stellung zu den Redereien der Marxisten und betont, daß gerade sie es sind, die die Verordnungen unserer von ihnen ermordeten Kameraden, in schmutziger Weise überall gestört haben. Gerade sie sollten sich doch hüten in bezug auf derartige Anlässe, hier so groß von Kultur zu sprechen. Er erinnert dabei an die Vorgänge gelegentlich der Verdrängung unseres Sorts Bessel, als man sogar verfuhr, den Leichenwagen auszuweichen. Aber auch Vorgänge hier in Bremen, beispielsweise während der Verdrängung unseres Kameraden Decker, bewiesen seine Behauptungen zur Genüge.

Als dann Heintz (SPD.) drohte, daß die SPD. demonstrieren werde, ob es erlaubt ist oder nicht, erinnert P. a. Heider an die Maßnahmen gelegentlich der Einweihung des Kolonialdenkmals, als in der Bürgerschaft von feilen der Marxisten beschloßen wurde und den traurigen Mut bewiesen habe, eine würdige Gedenkfeier verbieten zu haben. Deshalb seien die Nationalsozialisten schon aus Gründen des Rechts gegen die Gestaltung der Demonstration.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt, ein ähnlicher sozialdemokratischer Antrag gegen die Stimmen der NSDAP. angenommen.

Es werden jetzt eine ganze Reihe von Anträgen zur Haushaltsberatung, die schon längere Zeit auf der Tagesordnung standen, zur Beratung gestellt. Mehrere Anträge werden, weil überholt, gestrichen, vertagt und teilweise ohne Debatte angenommen.

Professor Diney erwidert, den Senat anzuhören, daß die Verhandlungen zum 1. Mai nicht Bestatigungen unmöglich machen sollen. Dem Antrag wird stattgegeben.

Von der SPD. (N.) nimmt Stellung zu einem längeren Antrag durch Bewilligung von Arbeitsmöglichkeiten, der Erwerbslosigkeit zu heuern, er fordert unter anderem eine produktive Gestaltung der Fürsorge. In der Debatte ergab es sich, daß zur Klärung dieses umfangreichen Fragekomplexes die „parlamentarische Notwendigkeit“ einen 13gliedrigen Ausschuss einzusetzen, in dem die P. a. s. Abmann, Salfermann und Heider gewählt wurden. Die Deutschnationalen fordern in einem Antrag Bewilligung der Bremischen Beamten an die Reichsbahn. Der Antrag wird der zuständigen Deputation überlassen.

Darauf vertagt sich das Haus zur nächsten Sitzung in 14 Tagen.

Berücksichtigt die Inserenten!

Rudolf aus den Ruten.

Das System „spart ein“

Es hat bisher kaum irgendwelche Beachtung gefunden, daß die letzte preussische Notverordnung zu „Einparungszwecken“ den vollständigen Abbau der Kulturbauämter verfügt.

Die Öffentlichkeit ist sich über die Bedeutung der Kulturbauämter wenig im Klaren. Hier ist im Stillen eine Arbeit getan worden, die die Sehung des Ertrages des deutschen Bodens zum Ziele hat. Wer mit diesen Ämtern zu tun hatte, weiß, daß kaum irgendwo der Amtsschimmel so wenig geritten wurde, wie hier. Man hatte das Gefühl mit Beförden zu arbeiten, die von einem wirtschaftlichen Geiste erfüllt waren. Man hat sie überhaupt als eine der besten Behörden bezeichnet.

Es ist nun eigenartig, daß man ausgerechnet in dem Augenblick, wo alles darauf ankommt, die inländische Erzeugung von Nahrungsmitteln zu heben, diejenige Behörde abbaut, die dafür von Bedeutung ist. Man spricht wohl auch an höchster Stelle von einer Notlage der Landwirtschaft und behauptet, ihr durch Finanzmaßnahmen helfen zu wollen. Man behauptet, daß wir für 3 Milliarden Mark Lebensmittel jährlich einführen, aber man schreit nicht für die einzige mögliche Hilfe für die Landwirtschaft durch Sehung ihres Ertrages und ihrer Wirtschaftlichkeit. Nein, man verhindert, daß für sie auf diesem Wege in Zukunft etwas getan wird und läßt bis zum 1. April die Kulturbauämter unter den Tisch fallen. Zahlreich mühselige Vorarbeiten werden abgebrochen ohne zum Ende geführt zu werden. Sie sind umsonst getan. Fertige Arbeiten, in denen die Aufwendungen aus vielen Jahren stießen, verfallen in irgendeinem Archiv, anstatt zur Verbesserung des deutschen Bodens zu dienen. Wie lange wird es dauern, dann wird sich kein Mensch mehr ihrer erinnern und sie auffinden können? Sie sind umsonst gewesen. Und die abgebauten Beamten werden in den Ruhestand oder auf Wartegeld gelegt. Der preussische Staat hat dann gesagt, indem er fast daselbe Geld nicht mehr geleistet bekommt, für das früher etwas geleistet wurde und getroffen wird die Landwirtschaft durch die Maßnahme des Abbaus der Kulturbauämter. Ob man das wohl nicht selbst gemerkt hat oder glaubt, daß es die Landwirtschaft bis zur Kreuzenwahl nicht merken würde?

Schluß mit der Mordpest

Unter dem hysterischen Kreischen, den Rufen der „Hernen Fronten“ und „Revolutionären Aktionen“ sammelt der Volksegoismus ungeheuer und ungeheuer das Unternehmische um zum feigen Mord und Terror gegen die nationalsozialistische Bewegung. In den wichtigsten Fällen werden die Mörder gefaßt, dem Gericht überführt, immer oder laufen die intellektuellen Mörder weitergehend frei herum. In drei Großstädten des Reiches, Essen, Hamburg und Königsberg haben in den letzten Tagen vierter kommunistischer Mordbuben, von denen nur 8 in Untersuchungshaft sitzen, sollen vom Essener Schwurgericht wegen des überlegten Mordes an dem SA-Mann Feldgredner zur Mordschandhaft gezogen werden. In Hamburg wurden am vergangenen Sonntagabend der Kommunist Weisig wegen überlegten Mordes des SA-Mannes Martens mit 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt; der Staatsanwalt hatte in

Warum Dr. Goebbels die Aussage verweigerte ... Die Methoden des Polizeipräsidiats - ein öffentlicher Skandal!

Im Kurfürstendamm-Prozess brachte die Zeugnisverweigerung des Berliner Gauleiters einen dramatischen Höhepunkt, der als Beleg für die Bedeutung der Sache diente. Wir bringen hier einen Auszug aus dem Bericht der „M.Z.“:

Mit großer Spannung wurde im Kurfürstendamm-Prozess darauf gewartet, ob Dr. Goebbels der Zeugenladung Folge leisten würde oder ob der Vorgang, über den er aussagen sollte, wie in erster Instanz, ungemacht bleiben würde. Dr. Goebbels war damals bereit und nicht zu erreichen gewesen.

Als Dr. Goebbels um die Mittagsstunden den Verhandlungssaal betritt, erheben sich zu seiner Begrüßung sämtliche Angeklagte. Der Vorsitzende rügt diese Demonstration.

Vorsitzender: Es geht hier um die Frage, ob vorher zwischen Ihnen und Graf Helldorf oder zwischen Ihnen und einigen Standartenführern eine Versprechung stattgefunden hat, daß am 12. September auf dem Kurfürstendamm eine Demonstration stattfinden sollte.

Dr. Goebbels: Wie ich aus den Zeitungsnachrichten über die erste Verhandlung im Selldorf-Prozess entnehmen habe, kommt es dem Gericht darauf an, zu wissen, ob ich vorher von Graf Helldorf informiert worden bin. Die Polizei will das von einer sogenannten Vertrauensperson erfahren haben. Ich bezeichne solche Personen als Spieser oder bezahlte Denunzianten. — Das Polizeipräsidium weigert sich, den Namen dieses feigen Denunzianten anzugeben, und erklärt, darüber hinausgehend, der Beamte, der ihn kenne, stünde unter seinem Dienstgeheimnis. Das ist ein Zustand, der für mich vollkommen unerträglich ist.

diesem Falle Todesstrafe wegen überlegten Mordes beantragt. 20 Jahre Zuchthaus, 16 Jahre Ehrverlust und 3 Jahre Gefängnis verhängte das Schwurgericht Königsberg am gleichen Tage gegen die Mörder des SA-Mannes Tschierke. Doch auch diese Strafen schrecken die Banden nicht ab, hier muß mit ganz anderen Mitteln vorgegangen werden, um das heilige Leben deutscher Kämpfer zu schützen!

Währungsexperimente

Herr Direktor Bagemann hat Vorschläge zur Sanierung unseres Währungssystems gemacht, die nach den bisher vorliegenden Zeitungsbildungen nicht zu übersehen sind. Unbefriedigend ist, daß Herr W. die Goldwährung mehr oder weniger aufrecht erhalten will. Herr W. verliert, an dem heutigen herabgewinkelten Währungs- und Goldsystem herumzudoktern, anstatt es seinem unentzerrbaren Schicksal zu überlassen und zu neuen Gedanken zu greifen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Herr W. seine Experimente machen will, womit wohl die zahlreichen Verhältnisse auf Herstellung einer Inlandswährung als solche gebremst werden sollen. Einige dieser Vorschläge sind ja auch schon deswegen gefährliche Experimente, weil sie so klar und so einfach sind, daß die geriebensten Interessenten keine Sandhobe sehen, bei ihrer Inanspruchnahme das alte Spiel neu zu beginnen: das Spiel mit der Hilfslosigkeit der Durchschnitts-

Ich habe keine Lust, mich in diese Intrigen des Polizeipräsidiats hineinzulassen. Man soll diesen Denunzianten auftreten lassen vor Gericht und mir gegenüberstellen. Solange das nicht geschieht, bin ich es meiner Selbstachtung schuldig, keine Antwort zu geben.

Der Vorsitzende befehlt den Zeugen über die strafrechtlichen Konsequenzen seiner Zeugnispflicht.

Dr. Goebbels: Also steht mir das Recht der Zeugnisverweigerung nicht zu, aber dann nehme ich es mir.

Den Sachverhalt werde ich sofort aufklären, wenn dieser Denunziant mir gegenübergestellt wird.

Vorsitzender: Das Gericht ist doch nicht in der Lage, einen Mann zu laden, den es nicht kennt.

Dr. Goebbels (äußerst erregt): Dann sollte das Gericht sich doch nicht dazu hergeben, mich in dieser Sache zu laden, es handelt sich hier um ein Prinzip. Ich möchte die Angeklagten bitten, sich ihrerseits zu dieser Frage zu äußern.

Rechtsanwalt Freisler: Namens sämtlicher Angeklagten, insbesondere des Grafen Helldorf, bitte ich den Zeugen, unter keinen Umständen von dem, was er aus prinzipiellen Gründen für richtig hält, abzuweichen.

Dr. Goebbels: Es geht in dieser skandalösen Affäre ja gar nicht um diese Dinge, sondern um die Diffamierung einer Partei und eines Parteiführers.

Staatsanwalt Stenig vernahrt sich mit großer Befriedigung dagegen, daß der Zeuge das vorliegende Verfahren als skandalös bezeichnet.

menschen, aus deren Haut — bildlich gesprochen — die Pant-Paläste gebaut worden sind.

Jeder Versuch, das alte Goldsystem zu stützen, das die Schuld an dem heutigen Weltelend und besonders an unserer Knechtung trägt, ist ein fatales Experiment, das nie zu unserem Vorteil ausschlagen kann. Wird denn jemals von zwei Kämpfern am Höhepunkt des Kampfes der eine dem anderen noch Waffen geben, um ihm zum Sieg zu verhelfen? Wird er nicht vielmehr alles versuchen müssen, um dem Gegner die Waffen zu entwenden? Nichts aber ist eine größere Schädigung des uns freudenden Weltkapitalismus als unsere Abkehr vom Golde und die Einsetzung des Staates als alleiniger Herausgeber und Besitzer des auf anderen Grundlagen beruhenden Inlandgeldes. Nur dadurch wird die unbegrenzte Ausgabemachung der Schätze unseres Vaterlandes zum Besten seiner Bewohner ermöglicht. Nur dadurch wird es möglich sein, die Erwerbslosenfrage zu regeln und den Ausgleich der Preise zu schaffen, der jedem Menschen ermöglicht, das für seine Lebensführung Unentbehrliche gut und reichlich zu erhalten. Der Weg über das Gold und das bisherige System führt nur zur Verewigung des Elends und der Vernechtung der Menschheit, vorantritt Deutschland weiter in erster Linie zu leiden hat. Fort mit solchen Experimenten! Wer die bekannten Zeitchriften über Währungs- und Wirtschafts-Reform liest, der wird wissen, daß hier keine Experi-

Dr. Goebbels: Ich habe nur die Methoden des Polizeipräsidiats als öffentlichen Skandal bezeichnet.

Vorsitzender: Sie bleiben also bei Ihrem Standpunkt, daß Sie Ihre Aussage verweigern, bis Ihnen die Vertrauensperson der Polizei gegenübergestellt wird?

Dr. Goebbels: Herr Direktor, ich glaube, hier geht es darum, Recht zu sprechen. Recht wird gesprochen, wenn alle Personen, die zu dieser Sache etwas beizutragen können, vor Gericht gehört werden. Wenn das Gericht den Namen der betreffenden Person nicht kennt, bitte ich darum, das Polizeipräsidium öffentlich zu erlauben, diesen Namen zu nennen. Denn bin ich bereit, binnen fünf Minuten alles das aufzuzählen, was dieser feige Denunziant hier zusammengetragen hat.

Vorsitzender: Man mag zu dem Denunzianten und Spießhaken stehen, wie man will: In der Praxis läßt es sich bei den polizeilichen Untersuchungen gegen Verbrecher oft nicht umgehen.

Dr. Goebbels: Hier handelt es sich angeblich um eine Unterredung, die unter vier Augen zwischen Graf Helldorf und mir stattgefunden haben soll. Würde das, was behauptet wird, den Tatsachen entsprechen, müßte dieser Denunziant in meiner nächsten Nähe sitzen. Das wäre unmöglich, wenn er nicht von der Polizei bestochen wäre. Diese Methode will ich beenden! Es gibt dazu heute keine Möglichkeiten mehr als in den Zeitungen: Sie werden verboten. Es gibt auch keine Möglichkeiten mehr in Versammlungen: Sie werden aufgelöst. Darum will ich hier vor diesem Forum gegen diese traurigen Dinge protestieren.

Geschäftliches

Der Osterhase an der Arbeit. Seitern ist — an einem einzigen Tage — der Osterhase in den 1500 Filialen von Kaiser's Kaffeegeschäft gewesen und hat überall in den Schaufenstern eine entzückende Leberzuckung für Kaiser's Kunden aufgebracht. Was für eine, wird nicht veraten — Osteriere müssen gesucht werden — wer einen aufmerksamen Blick in die Schaufenster wirft, wird sofort finden, um was es sich handelt. Dieser Blick lohnt sich in doppelter Beziehung, erstens werden dem Betrachter all die guten und billigen Kaiser's Erzeugnisse gezeigt, zweitens erfährt er, wie leicht es ist, die Oster-Leberzuckung zu erwerben. Ein mit roten Marken gefülltes Kaiser's Sparbuch sichert jedem Kunden außer den ständigen 5 Prozent Rabatt diese schöne Osterfreude.

Serausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: i. V. Gunter d'Alouen; für den Angelegenheit: W. Kattens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unentgeltlich eingekaufte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. — Notationsdruck: Karl Vöckelmann, Bremen.

Hitler

EINE DEUTSCHE BEWEGUNG
von E. CZECH-JOCHBERG

Nichts blieb ungeahndet. Nichts. Für jedes Wort, das Italien, das nationale, das einige, beschimpfte, floß Blut — oder man gab (für harmlosere Schwächer) Niximus.

In Bologna kämpfte Farinacci. In Mailand aber sah Benito Mussolini, Sohn einer Lehrerin und eines Schmiedes aus der Romagna, Redakteur, Lehrer, einmal auch Bauarbeiter (wie Hitler).

Führte einen doppelten Kampf. Gegen die Kommunisten, der war blutig. Gegen die Schieber, Volksauslöser; der war nicht minder ernst.

Ich war längst in Rom, las von den Potulaten, die Mussolini nach Rom sandte. Immer härter, immer drängender.

Eines Tages erwiderte wir, und Italien stand in Flammen. Aus Mailand kam die Nachricht, daß die öffentlichen Gebäude in der Stadt der Schwarzgebirgen waren ... aber auch in Bologna, Venedig und in Ravenna, so wie in Verona.

Neue Schredensbotschaft: Siena befehlt ... Firenze! Belagerungszustand in Rom!

Es kamen andere Tage. Der Nebel der Unsicherheit trieb durch die römischen Stra-

ßen. Wenn man gegen Norden schritt, zur Via „Momenana, mußte man an der römischen Mauer umkehren. „Spanische Reiter“ — „Horta Via“ verpörrt. Durch das Gefährde der „Reiter“ aber ragten die Ränge der Maschinengehebre. Auf der römischen Stadtmauer M.O. an M.O. Auf offener Straße Kanonen.

Im Palazzo Colonna, dem Hauptquartier des fimbato della stampa, der Presse also für Deutschen durften nicht bei internationalen stampa d'estera sein, die Franzosen und Briten duldeten es nicht, die Italiener nahmen uns dafür gottlich auf. Zerschandenheit, höchste Erregung! Man konnte nicht mehr telegraphieren ... Rom war eingeschlossen!

Vor den Toren aber lagerten die Regionen der Fasjisten! Etahelme bligten in den Straßen, Munitionskolonnen ratterten, blufjunge, großäugige Reutnants standen wie Statuen, warteten auf den Befehl zum Schießen.

Mussolini antwortet! Die Römer murten. Sie verstanden ihn nicht, ihren Landsmann, er war ihnen als Feind an die Wand gemalt worden.

Der Ministerpräsident bittet um den Besuch zum Feiern. Der König verweigert ihn. Verhandelt mit Mussolini, erkennt, daß Thron und Reich fester stehen mit ihm als den Liberalen.

Dann waren sie in Rom, die Schwarzbund. Das neue Regime begann. Aber Mussolini „verwässerte“ nichts, als er Diktator war.

Er verbat sich nicht die Opposition, er verbot sie schlichtweg. Schaffte sie ab, machte

zunächst tabula rasa mit dem Parlamentarismus, damit die Herren zur Einsicht gelangten, daß der Deputierte nicht für sich da war, sondern dazu, für sein Vaterland zu arbeiten.

Verführerische Bantiers wanderten ins Gefängnis. Dafür, daß sie sich an den eripanten Groldern, der Altersgroldern armer Teufel vergriffen hatten.

Die Banken, die nicht fürs Volk arbeiteten, sondern für die Dividenden, schloß er.

Das ist richtig. Mussolini sagte: „Der Fasjismus ist kein Exportartikel.“ (Der Diktator hat sich während der Drucklegung dieses Buches selbst korrigiert.)

Aber was ist „Fasjio“? Was ist an ihm nicht exportfähig?

Ich habe zum Volke nicht exportfähig? Die Art, wie Mussolini seine Leute packte, diese Art ist italienisch, mußte es ja sein und ist somit faktisch nicht exportfähig.

Da wäre der erste, der heilige Punkt des Fasjio: Ein einziges Italien.

Das wird man nicht sofort verstehen. Wie? War denn Italien nicht geeinigt? Gewiß, Italien ist wahrhaftig geeinigt. Seitens der Grenze nur Korrika und die italienischen Pfleger in Algerien.

Bergeist aber die Vergangenheit nicht: Dieses Italien, das Cavour mit unendlicher Mühe und unendlicher Tapferkeit aufgebaut hat, es ist in seiner Einsichtigkeit aufgekauft worden von Duobesfürten und Combattieri, meist vor das ja das gleiche. War zerfetzt von fremden Mächten. Sabsburg sah in Neapel und Florenz und in Mailand und in Venedig.

Noch füllten die Italiener die Siebe des Generals Spennar, der den Namen „Schreden von Brescia“ führte. Der Frauen — italienische Damen! — öffentlich ausziehen und auspeitschen ließ. Der jeden niederschloß, der nicht grüßte!

So war es bis 66. Das vergißt man nicht. Dabei dieser erste Punkt „einiges Italien“. Eine Frage: War nicht die Reichseinheit Deutschlands nach dem Kriege in unvergleichlich höherem Maße gefährdet?

Dr. Selim verhandelte mit Frankreich. Das Gespöck des „Katholischen Donaustraßen“ ging um. Mühte sich nicht Siller in aller erster Linie diesen fasjistischen Punkt zu eigen machen?

„Nationale Verstraffung in jeder Hinsicht.“ Dieses fasjistische Dogma brauchen wir in gleichem Maße wie die Italiener. Nein: in höherem Maße!

Ein anderer fasjistischer Punkt: Wehrhaftmachung des Volkes!

Italien ist wehrhaft. Das stehende Heer ist groß, und die Miliz ist heute ein fester Bestandteil desselben. Die „Militia“-Organisationen erlassen die Knaben in ganz Italien. Eine von Offizieren geleitete Schießausbildung dieser Kinder erleichtert die spätere militärische Ausbildung.

„So fono Italien!“ Nie hörte man diese Worte früher so schmettern. An Nationalbewußtsein wurde das Letzte herausgepreßt. „Reichlein verbot!“ Venedig, die klassische Stadt des Weltens, ist nicht wiederzuwerten. Rom aber ist die laubste Großstadt, die gepflegteste, die ich kenne. Und der Vint der herrlichste Erdenpfad! ... (Fortsetzung folgt.)

Aus Bremen

Holländischer Theaterzug nach Bremen

Wie die Niederländische Eisenbahnverwaltung mitteilt, fährt am 13. Februar d. J. zur Aufführung der Oper „Robengrin“ ein Opernzug von Leerdam über Groningen und Neuchâtel nach Bremen. Der Zug hat in Stadtfanal Anlauf, von Delfzijl verläßt Groningen um 13.03 Uhr und erreicht Bremen um 15.22 Uhr. Die Rückfahrt von dort wird um 21.25 Uhr angetreten, während der Zug um 1.21 Uhr — alles nach holländischer Zeit — in Groningen wieder eintrifft. Die Preise einschließlich der Bahnfahrt, des Theaterplatzes u. dgl. bewegen sich zwischen 8.50 und 7.25 holländischen Gulden. Es wird darauf hingewiesen, daß ein Paß für diese Reise nicht notwendig ist.

Geschehens. Montag, den 8. Februar, 20 Uhr, im großen Saal der „Globe“ Symphonieconcert, ausgeführt vom Städtischen Orchester, Leitung: Generalmusikdirektor Prof. Ernst Wendel. Vortragsfolge: Mozart's Jupiter-Symphonie; Hermann Henrich,

Suite concertante für Orchester und Solostreichquartett; Beethoven, Leonore-Quartett Nr. 3. Karten zu den bekannten Einheitspreisen in der Geschäftsstelle (Schauspielhaus) werktags 10.30—13.30, außerdem Sonntagabend von 17—19.30 Uhr. Zu der Erstaufführung im Stadttheater am Montag, den 1. Februar, 20 Uhr, sagt sich — ein Mensch, Schauspiel von Wolfenheper, wird nach Karten in der Geschäftsstelle und an der Abendkasse zu haben.

Metropol-Theater

Gestern Abend erlebte im Bremer Metropol-Theater vor ausverkauftem Hause die Tonfilm-Operette „Rommy“ ihre norddeutsche Uraufführung. Es ist dies das erste Mal, daß eine Autorität auf dem Gebiet der Operette wie Kalman ausschließlich ein Werk für den Tonfilm geschrieben hat, und alle die vielen Möglichkeiten, die der Film der Bühne voraus hat, ausnützte. Reinhold Schünzel, den wir sonst aus lustigen Bildern kennen, er führt die Regie der Operette, Käthe von Nagy und Willy Fritsch, verkörpern die Hauptrollen. Es ist

das bekannte Operetten-Motiv von dem kleinen Mädel und dem hübschen, jungen Fürsten, die Geschichte von Liebe, Leid und endlich Glück. Aber neu, überraschend ist die imponierende Szenerie, sind die reizenden Bilder. Von der Operette möchte man jetzt fast behaupten, daß der Film die Bühne bald hierarchisch geschlagen hat. Die Musik, flüssig, amüßig und einnehmend, ist beinahe völlig neu und bietet eine Fülle von Melodien, die wohl demnächst überall zu hören sein werden.

Das Spiel der Nagy und Willy Fritsch ist Lachen, Freude und Raune. Sie spielen sich in die Herzen der Hörer und Schauer, die für Stunden in dem Wunderland „Rommy“ den Alltag vergessen können. Und die übrigen Darsteller, der gute Ton, das klare Bild, sie tun ihr übriges um das ganze Zimmerwerk zu dem zu machen, was es geworden ist, ein ganzer Erfolg. Erfolg für das Publikum, und nicht zuletzt für Kinofassen und Steuer.

Bestellt die BNZ!

Amtl. Wetterbericht

Hinter dem über Lappland nach Südosten abziehenden starken Tief strömt kältere Luft heran, dadurch ist das Hochdruckgebiet unter Abschwächung gehalten und ein Kern nach der Vorkammbahn abgeprengt worden. Der Hauptkern erstreckt sich nunmehr von Großbritannien nach Südwestdeutschland und Frankreich. Über der Nordsee kommen starke Schauer heran, die auch nach unser Gebiet streifen werden. Die Wetterlage wird zunächst von dem westlichen Hochern beherrscht werden.

Vorauslage für den 31. Januar: Mäßige Winde nördlicher Richtung, bewölkt, einzelne Schauer, tags wenig über 0 Grad. Nachts froh.

Gemeindekasse um 20.000 Mark geschädigt. Thalheim, 29. Jan. Bei der Gemeindekasse in Thalheim (Kr. Lüneburg) ist nach umfangreichen Feststellungen, die noch nicht abgeschlossen sind, ein Fehlbetrag von etwa 20.000 Mark ermittelt worden, der durch fahrlässige Vermittlungen des Rechnungsführers entstanden ist.

Winkelmann-Uhren
— genaue Zeit!
Qualitätsware
Papenstr. 17, Domsch. 29713

Jetzt Frischens
Anmeldung für
Schreib-, Sprach- und Handelskurse.
Beginn der neuen Kurse Anfang Febr.
Bredenstr. 14 ab Martinstraße

Herrenhüte
Herrenmützen
Gerlof & Wupperfuch
Hafertamp 99 (Eckhaus)

Preise
sagen nichts! Aber
Qualität und Preise
sagen viel. Qualitäts-Möbel, hervorragend in Form und sehr preiswert finden Sie in großer Auswahl beim Möbelhändler

H. BEUERMANN
Findorffstraße 40/42

Schlachtere! Schnellimbiss!
sämtliche Fleisch- und Wurstwaren
Mittagszeiten 30, 60 und 80 Pfg.
Belegte Brote 10, 15 und 20 Pfg.
Landwirtschaftliche Selbsthilfe
Georgstraße, Ecke Bornstraße 66-68

Kolonialwaren
Eier — Butter
Pg. Alb. Schröder
Ostertorsteinweg 19

Wussten Sie schon, daß
Ag. A. Steinfle
beste Maßkleidung zu
äußersten Preisen arbeitet
SA-SS-Maßbretches sehr preisw.
Maßschneiderei Goethestraße 28
S. 420 29, Zahlungsanweisung

Der Friseur
Pg. Joh. Benecke
Bachstraße Nr. 54
ist gut u. billig!

KOHLEN
H. Goltermann
Thielenstr. 2, Weser 812 88

Die
zinslose Tatbewegung

Auskunft durch:
Bau- und Wirtschaftsgem.
e. G. m. b. H.
Bremen, Martinsstraße 12
u. Neilmann u. Co.
Kommandit-Ges., Bremen
Hauptleitung des Ringes der
Bauwirte

8 Pfg.-Brasil
Besser und billiger als im
Warenhaus. Heine, Müller sen.,
Herderstraße 22, Zigarrenfabrik.

Kohlen
RUOLF ARNDT
Palmenstraße 15 — Tel. Weser 83659

Otto Conradt
Großschlachtere und Fleischwarenfabrik.
ff. Bockwurst, Cornedbeef,
sowie alle Fleisch- und
Wurstwaren zu billigsten
Tagespreisen.
Falkenstraße 35 a.
Fernspr. Weser 853 38

Billige Toilette-Artikel!

Taschenkämmen mit Esui . . . von 25 Pf. an
Zahnbürsten in großer Auswahl . . . 25 Pf. „
Haarklemmen, m. Zelluloidüberzug, . . . 25 Pf. „
je 8 St. in Lederetui . . . 50 Pf. „
Damen- u. Herrenfrisierkämmen . . . 50 Pf. „
Flüssige Haarwuschseife . . . 50 Pf. „
Gummischwämme, oval, 135x95x35 mm . . . 60 Pf. „
Gr. Tube Rasierkreme . . . 75 Pf. „
Bahnhof-Drogerie, Heinrich Hinsch
Inh. Heinrich Uekötter — Bahnhofstraße 4

Zu verkaufen

Eine sehr gut erhaltene, erfindungsreiche Schreibmaschine Wiesbaden Nr. 91

Gut erhaltener Stubenwagen Nachauftrag B. M. J. Bredenstraße

Bronchial-Pektoral und Eucalyptus-Menthol-Bonbons 50 Pfg.
Kilia-Drogerie
Wartburgstr. 1 am Spielplatz

Drogen, Seifen Parfümerien u. Waschartikel Drogerie

Heinz Thiermann
Spitzenkiel 11-12

Imal a. Rhein lei. hat Rub. 2 Platte 2 M. Kaus-Gram. 15 M. Ang. Wedge 3-5 en. 1 M. nur bei H. Fang-meier
Musikalienhandlung St. Magnusstraße 21

Betten
gut u. preiswert
Kirchhoff
Ostertorstr. 72

Neue Limousinen Selbstfahrer Auto-Meyer
Weser 845 03

Pelze
Pelzhaus Kampe
St. Magnusstr. 64-66
Roland 3861

Gib Dein Kampfblatt weiter

Geschwister Luperti

Vor dem Steintor 98-102
Porzellan, Kristall, Haus- und Küchengeräte

Aufruf an alle Parteigenossen

Opfer über Opfer fordert unser Kampf um die nationale Erneuerung des Vaterlandes. Gerade jetzt, in der Zeit politischer Hochspannung, verlegt das eine nicht-Schaff Schuß für die Familie! Was soll aus ihr werden, wenn der Fernährer von einem unerbittlichen Schicksal abgerufen wird, er nicht mehr in der Lage ist, für den Unterhalt aufzukommen. Hier gibt es nur eins: Selbsthilfe!

In allen Fällen, in denen Parteigenossen im Parteidiens Schaden erleiden, springt die „Hilfskasse“

beisend ein. Aber um diesen Schuß zu vergrößern und um zu verhindern, daß die Angehörigen von Parteigenossen, die, ohne im Parteidiens zu sein, den Tod finden, in Not geraten, hat sie die

Sterbegeldversicherung für Mitglieder der NSDAP und deren Angehörige

in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Ring, Hamburg, geschaffen. Der Deutsche Ring ist ein Versicherungsunternehmen rein deutscher Art, das sich mit aller Entschiedenheit für den Wiederaufbau eines nationalen deutschen Vermögens einsetzt. Der vollständige Gemeinschaftsbeitrag bringt durch diese Sterbegeldversicherung die Mittel auf, um bei plötzlichem vorzeitigen Tode den Familien unserer Parteigenossen eine wirtschaftliche Stütze zu sein. 50 Pfennig monatlich genügen für einen Anteil von 300.— RM. Das kann und muß jeder aufbringen, wenn er sich darüber klar ist, worum es geht. Die Familie, die Heimstätte des Staates zu schützen in den kritischen Tagen, die ihr bevorstehen können.

Zuskunft erteilen die durch den Deutschen Ring aufgestellten Vertrauensleute bei den einzelnen Ortsgruppen sowie die Sterbegeldversicherung für Mitglieder der NSDAP und deren Angehörige bei der Deutschen Ring Lebensversicherungs-A.G., Hamburg 36, Ausgabe.

Für die Ortsleitung:

Reichsschatzmeister Reichsgeschäftsführer

Meide das Warenhaus!

Anzeigen-Schluß
für die
„B. N. Z.“
9 Uhr vormittags

Bausparkasse der Sparkasse in Bremen

Unsere

9. Baugeldzuteilung

findet am Mittwoch, den 17. Februar 1932, 18 Uhr, im Gewerbehause, Großer Saal (Ansgarierstraße) statt.

Zuteilungsberechtigt sind sämtliche Bausparer, deren Verträge spätestens am 1. November 1931 begonnen haben und die mit Einzahlungen nicht im Rückstand sind.

Wir laden hierdurch unsere Bausparer ein, der Zuteilungshandlung beizuwohnen.

Als Ausweis genügt das Bausparbuch. Die Anwärterlisten liegen ab 17 Uhr im Gewerbehause zur Einsichtnahme aus.

Aus Bremen Stadt und Staat

Unterstützungs-

Abwehrstelle?

Zimmer wieder sehen wir uns gezwungen, auf die Minderheitslosigkeit hinzuweisen, mit der ausgerechnet die Opfer des Krieges behandelt werden. Zimmer mehr häufen sich die Klagen der Hinterbliebenen, daß gerade diese unter der wenig takvollen Behandlung durch die mit der „Hilfskasse“ betrauten Bearbeiterinnen und Abwehrstellen zu leiden haben. Soll es etwa als besonders bevorzugte Behandlung gelten, wenn die Hinterbliebenen, welche doch neben der übernommenen Vaterpflicht auch noch die Pflichten der Mutter zu tragen haben, nur um die obenhin färgliche Unterstützung zu beantragen, oft drei- bis viermal zwischen Abwehrstelle und der Distriktsfürsorge hin- und herlaufen müssen, um dann nach oft fünfjährigem Warten nur mit der Ablehnung beglückt zu werden? Es ist fast an der Tagesordnung, daß selbst lebende Frauen trotz ärztlicher Atteste oft noch sechs-wöchentlichen Warten nicht einmal die dringlichsten Beihilfen erhalten. Will man etwa behaupten, daß nur die beamteten Vertrauensärzte in der Lage sind, die Notwendigkeit von Milch oder sonstigen Hilfsmitteln nachzuweisen? Es hat sich leider bisher zu oft erwiesen, daß diese Ärzte wohl beauftragt waren, das Vertrauen der betreffenden Behörden, nämlich möglichst viele Anträge unbegründet zurückzuweisen, zu erlangen, das Vertrauen der davon Betroffenen ist jedoch immer mehr erschüttert worden. Wir sind der Meinung, daß gerade in dieser Notzeit die amtliche Fürsorge mehr denn je befreit sein sollte, sich auf ihren ursprünglichen Zweck, nämlich ausschließliche Fürsorge zu beschränken, beschränken sollte, anstatt nur Nerven-Registrierstellen, in denen alle Renten-Vorschüsse zu sein. Für diese Zwecke dürften nämlich die Verwaltungsämter vollausgenügen. Es wäre vor allem auch die Pflicht der Fürsorge, die Behauptung der Vertreterin der Via Bachhoffen Vereinigung, daß die Hinterbliebenen von der Wirtschaftserhebung obhingen, richtigzustellen. Sind doch gerade den meisten Hinterbliebenen durch die Notverordnung die Zukunftsprognosen entzogen worden. Sollte etwa den in der Fürsorge befindlichen Vertreterinnen der genannten Vereinigung derartige Minderstellung unangenehm sein? Man sieht also immer deutlicher, wie die Verordnung, nach pflichtgemäßem Ermessen zu handeln, immer mehr zum Schaden der Kriegsoffiziere dahingehend ausgelegt wird, daß als Pflicht nur angesehen wird, die Kriegsoffiziere immer mehr belenden zu lassen und in erster Linie die Interessen des ohnehin sterbenden Systems zu wahren.

Euch Kriegsoffiziere aber rufen wir zu: Erkennt endlich eure wahren Feinde! Wehrt euch mit eurer letzten Kraft gegen das euch zugedachte Unrecht. Reicht euch ein in die ein-

Rudolf Karstadt AG. u. die Bäckerei

Wir suchen für unsere Konditorei in unserem Neubau Konditormeister, Konditorgehilfen, ferner für unsere Bäckerei Bäckermeister und Bäckergehilfen. — Rudolf Karstadt AG., Bremen.

Dies las man in den „Bremser Nachrichten“. Also Karstadt eröffnet eine Bäckerei und Konditorei und stellt eine Anzahl Meister und Gehilfen ein. Es verschwinden vom Stellennachweis des Bäderhandwerks einige Stellen und Meister. Soweit ganz gut. Aber nun kommt der Hintergrund. Mit Eröffnung der Karstadt-Betriebe, Mt. Bäcker, müssen wegen Konkurrenz mit der Zeit ein Viertel der Bäckermeister ihre Betriebe verkleinern oder schließen. Das kommt daher, Karstadt arbeitet mit jüdisch-kapitalistischer Geschäftsführung. Der Bäckermeister wird durch die Steuern, Notverordnungen usw. bedrückt, kann also gegen die Kampfpreise des Juden Karstadt nicht an. Um sich aber gegen die Konkurrenz halten zu können, ist er gezwungen, entweder Gehilfen zu entlassen oder er muß ihnen vom Gehalt kürzen. Die Gehilfen, die Karstadt eingestellt hat, verschwinden vom Stellenmarkt, andererseits kommen wieder andere Gehilfen, die durch Karstadt's Konkurrenz von den kleinen Meistern entlassen werden mußten, zum Stempeln, also: Eine Entlassung des Arbeitsmarktes kommt durch Eröffnung der Karstadt-Bäckerei nicht in Frage. Andererseits fallen die Meister, die durch Karstadt's Jüdischgeschäfte ihre Existenz verlieren, der Fürsorge und damit dem durch die Steuern seiner Bürger wirtschaftendem bzw. lebendem Staat zur Last.

Arbeitsloser, kleiner Arbeiter, Angestellter, hör mal! Du hast kein Geld, hast Hunger,

ist mögliche Front. Die NSDAP. kämpft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Erfüllung der einfachen Ehrenpflicht: nämlich Einlösung des euch einst gegebenen Versprechens „Der Dant des Vaterlandes ist euch gewiß!“

Kohlenlos, Rat und Auskunft in allen Kriegsoffiziersangelegenheiten erteilt jederzeit der Sachberater in Kriegsoffiziersangelegenheiten in der NSDAP., Rembertstr. 31-32. Besondere Sprechstunden für in Arbeitslosigkeit ist noch für jeden Donnerstagsabend von 7 bis 9 Uhr angesetzt.

Gegen Vorbereitung zum Hochverrat in Leipzig verurteilt. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig verurteilte den Arbeiter Bernhard Griesmeyer aus Bremen wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Vergehen gegen Paragraph 11 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung der politischen Ausdehnungen zu einem Jahr Zuchthaus mit Unterbrechung von 6 Monaten und 3 Wochen Haft verurteilt. Der Angeklagte war in der Nacht zum 31. Mai v. J. beobachtet worden, wie er die kommunistische Zeitung „Sanjats“

probieren es doch aus: Geh nach Karstadt, sag ihm: Ich hab Hunger, gib mir 10 Pf. Kredit, damit ich die Brötchen verdrücken kann! Er wird dir etwas pfeifen, Kredit gibst nur gegen Sicherheit und bei Geldschäften, wo mehr zu verdienen ist und wenn du nicht bezahlen kannst, holt er dir die Sachen weg, ohne daß dein bereits gezahltes Geld von dem Juden zurückgezahlt wird.

Dein Bäcker gibt dir Kredit, wartet wochen-, ja monatelang, wenn du nicht bezahlen kannst. Also ist es für dich Selbst-erhaltungstrieb, wenn du den Juden Karstadt meidest und deinem Bäcker treu bleibst! Bedenke, in diesem Frühjahr lernen im Bäderhandwerk 150 Lehrlinge aus, glaubst du, daß Karstadt diese einstellen wird, glaubst du, daß er sie gerecht entlohnen wird? Kaufmannsgeld bekommen bei Karstadt im 1. Berufsmonat 75 RM. monatlich, das Entgelt soll betragen, einerseits ab der Angestellte 26 oder 55 Jahre alt ist, ob er für eine Familie zu sorgen hat oder nicht, 165 RM. monatlich! Wahrheit, jüdisch-kapitalistische Großmissetat! Mehr kann nicht gezahlt werden, es muß auch noch Geld übrig bleiben für die Kasse für die und für den Konsum-Banner!

Wer den Mittelstand erhalten und den Bädergehilfen die Zukunft nicht verlieren will, faßt nicht beim Juden Karstadt auf, er bleibt seinem Meister treu.

Wie sagte doch der SPD-MdM-Singer durch seinen Leihhaber: Wenn die Mädchen von ihrem Lohn nicht leben können, sollen sie sich ihr Geld auf der Straße dazuverdienen!

Bäckerlehrling Otto Selter.

„Polizeibeamte“ in der Sanjatsstraße in Bremen angelegt hat. Das Reichsgericht war der Auffassung, daß sich der Angeklagte bewußt in den Dienst der kommunistischen Verlegung stellt, und daß er den Inhalt und den Sinn der Schrift kannte.

Sturm Goffel. Wir machen an dieser Stelle noch einmal besonders aufmerksam auf den heute abend stattfindenden Kameradschaftsabend des Sturm 3-75 „Johann Goffel“, ab 20.30 Uhr, in Zielers Festsaal. Musikalische, gesangliche, Rezitations- und Spandarbietungen versprechen einen vollen Erfolg. Anschließend an den ersten Teil findet eine Verlosung statt. Im zweiten Teil bietet die Kameradschaftsgruppe 75 Bremen Unterhaltungsmusik. Karten zum Preis von 50 Pf. sind im Vorverkauf zu haben: in der Geschäftsstelle der NSDAP., Rembertstr. 31-32; „M.Z.“, Popentz. 13; Deutsche Bäckerei Bahnhofstr. 1. Erwerbslose zahlen gegen Ausweis an der Abendkasse 25 Pf.

NS-Frauenhaft. Zusammentritt Dienstag, den 2. Februar, in der Rembertstr. 31-32.

Kanadische Abrüstungsdelegation auf der Durchreise in Bremen

Freitag traf mit Schnelldampfer „Eutropa“ des Norddeutschen Lloyd die kanadische Delegation, die zur Abrüstungskonferenz nach Genf fährt, in Bremerhaven ein. Führer der Delegation ist der kanadische Minister Sir George Berley, die anderen Mitglieder sind: Don Maurice Dupre, Generalamtsrat für Kanada, die kanadischen Generalstabschef General Major A. Mc. Naughton, der in Southampton von Bord ging, L. V. Pearson, Erster Sekretär des kanadischen Unites für Auswärtige Angelegenheiten. Lady Berley und Madame Dupre begleiten ihre Männer nach Genf. In der Delegation gehört ferner Wif Winfred Knott, die jugendliche Präsidentin des National Komitees der kanadischen Frauen-Unions. Die Delegation blieb bis zum Abend in Bremen und fuhr dann nach Genf weiter.

Kommunistischer Kindesentführer festgenommen. In überaus kurzer Zeit gelang es den Behörden, den flüchtigen Verbreiter für einen kommunistischen Jugendverband, den Steward Johann Michael Gleisner, geboren am 9. 6. 1899 zu Wien, festzunehmen. Gleisner, der sich in der Gröpelinger Straße unter dem Vorwand für seinen Jugendverband zu werben, an die Kinder heranzumachen, hatte bekanntlich den Schüler Philipps sein entführt, der, wie gemeldet, dieser Lage in Gendebach ermittelt und inzwischen seinen Eltern wieder zugeführt werden konnte. Die Ablicht Gleisners, ins Ausland zu entkommen, wurde durch seine am Freitag erfolgte Festnahme in Holland vereitelt. Die Auslieferungungsverhandlungen mit den holländischen Behörden sind bereits eingeleitet worden.

Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation und Reichsverband Deutscher Arbeiter

In letzter Zeit mehren sich die Anfragen, ob der NSDAP. (Reichsverband Deutscher Arbeiter) direkt oder indirekt eine Unterabteilung der NSDAP. bzw. der NSDAP. sei.

Dazu erklärt die Reichs-Betriebszellen-Abteilung der NSDAP. in aller Eindeutigkeit, daß der NSDAP. nicht das geringste mit der NSDAP. oder „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ (NSBO) zu tun hat. Für den nationalsozialistischen Arbeitnehmer kommt in allererster Linie die von ihrem Führer Adolf Hitler anerkannte Betriebszellen-Organisation in Frage.

Gegen häufig gefälschten Zahnbelag sollte man unbedingt die berühmte Chlorodont-Zahnpaste benutzen, der Erfolg überläßt. Unter-Vorteil 1932.

Reisen in das Ausland

Von F. Eichardt,

Leiter der Auskunftsstelle für Auswanderer und Auslandsreisende, Bremen

Der Antritt einer Reise in das Ausland bedarf, ganz gleich ob es sich um einen vorübergehenden oder dauernden Aufenthalt handelt, der Erledigung gewisser gesetzlicher Bestimmungen. Es besteht zunächst die Verpflichtung für alle Personen, welche die deutsche Reichsgrenze zu Ein-, Durch- oder Ausreise überschreiten, wobei besonders hervorgehoben werden muß, daß die Ausreise des Auswanderers mit einer Reihe von Ländern nicht vom Reisezwang entbunden. Wie und wo kann man einen Paß erhalten? Jeder deutsche Auslandsreisende über 15 Jahre muß im Besitz eines gültigen deutschen Reisepasses sein, dessen Geltungsbereich auf das Ausland lautet. Minderjährige erhalten nur Pässe, wenn mit dem Antrag die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters vorliegt; außerdem müssen Mindernde unter 18 Jahren zum Zwecke der Auswanderung die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes beibringen. Für Kinder unter 15 Jahren genügt an Stelle eines Passes ein amtlicher Ausweis, aus dem der Name, das Alter, die Staatsangehörigkeit und der zukünftige Wohnort hervorgeht. Für die Ausstellung eines Passes ist die Passbehörde (Polizeiverwaltung des Staates, der Städte und die Landratsämter) zuständig, wofür der Reisende 3 bis 6 Monate an einem Ort seiner Wohnstätte gebahrt hat. Bei der Stellung eines Antrages auf einen Paß hat der Reisende außer einem Lichtbild neuerer Zeit (Kopiegröße etwa 2 Zentimeter) Unterlagen, wie Geburtsurkunde, oder Heiratsurkunde, oder Familienregisterauszug, oder Geburtschein, oder Familienbuch, oder einen früheren Paß beizubringen. Die Gebühr für die Ausstellung eines Ein-, Durch- oder Ausreisepasses, dessen Geltungsdauer sich auf 5 Jahre erstreckt, beträgt 3 RM. In Fällen der Er-

gänzung oder Abänderung oder Verlängerung eines Passes wird die Gebühr von 1 RM. erhoben. Die als Paßersatz dienenden Kinderausweise kosten dagegen nur 0,50 RM. und werden im Inlande von jeder Polizeibehörde ausgestellt.

Kann man einem Passantragsteller die Angabe eines Passes vorenthalten bleiben? Gewiß! Die Passverlagungsgründe sind ohne Angabe des Grundes verheimlichter Art. Der Reisende kann verlangt werden, wenn Lasten die Annahme rechtfertigen, daß der Reisende den Paß benutzen will, um sich durch eine Reise ins Ausland seinen gesetzlichen Unterhaltspflichten zu entziehen. Ferner geschieht eine Ablehnung, wenn der Passantragsteller in fremde Gesandtschaften eintreten will oder wenn der Paß in den Händen des Inhabers die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder sonstige erhebliche deutsche Belange gefährdet. Eine weitere Ablehnung kann durch beachtliche Steuerentziehung, wie auch bei einer Verletzung der Zoll-Einfuhr- oder Ausfuhrbestimmungen erfolgen.

Der Besitz eines Passes genügt in vielen Fällen nicht um eine Reise in das Ausland anzutreten. Besondere Einreisebestimmungen des Auslandes bedingen wiederum zur Erlangung des Visums die Vorlegung weiterer Papiere, insbesondere spielen dabei das polizeiliche Führungszeugnis und das ärztliche Attest eine wichtige Rolle. Bei Geschäftsreisen genügt oftmals der Nachweis kaufmännischer Korrespondenz, bei Arbeitsreisen die Vorlage eines abgedruckten Vertrags und im europäischen Ausland die schriftliche Genehmigung des Arbeitsministeriums. Nachfolgende Staaten haben den Visumzwang im Reiseverkehr mit Deutschland aufgehoben: Britisches Reich, mit Ausnahme von: Britisch-Indien und Neu-Guinea und Neu-Neuland, Mandatsgebiete Palästina, Irak und Transjordanien, Malta bei dauernder Niederlassung oder Ausübung des

Verufs, Kanada für Einwanderer; Dänemark, Dänisch-Indonesien, Republik Ecuador, Island, Finnland, Haiti, Honduras (Republik), Island, Italien, Japan, Jugoslawien, Kuba, Letland, Liechtenstein, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Nicaragua, Norwegen, Österreich, Panama, Portugal, einschließlich Azoren und Madeira (ausgenommen Kolonien), Salvador, Schweden, Schweiz, Siam, Tschechoslowakei, Ungarn und Uruguay. Für alle übrigen Länder besteht nach der Visumzwang. Die Gebühren für ein Visum sind meistens unterschiedlich, wobei stets in Ermäßigung gezogen wird, ob es sich um eine Ein- oder Durchreise handelt.

Nachdem der Ausreisende die mit geringer Mühe beschaffenen Papiere nun endlich im Besitz hat, muß er sich ferner darüber klar sein, wieviel Geldmittel nach der letzten Verordnung mit in das Ausland genommen werden können. Nach den Richtlinien zur Durchführung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung benötigen Ausreisende, die mehr als 200 RM. bei Ueberführung der Grenze bei sich führen, die Bescheinigung einer größeren Auswandererberatungsstelle. Die als Gutachterstellen erklärten Auskunftsstellen erteilen die Bescheinigung nur dann, wenn die erforderliche Abicht der Auswanderung glaubhaft nachgewiesen wird. Die zur Ausreise erforderlichen Formalitäten sind nunmehr endgültig geregelt, so daß lediglich darüber Klarheit herrschen muß, welche Reise- und zu Wasser und zu Lande, auch im Auslande, zu benutzen sind. Es bedarf hierbei wohl keiner besonderen Herbeiführung, daß der Deutsche nur deutsche Schiffahrtsgesellschaften benutzt. Nach allen Ländern der Welt unterhalten sie schnelle und bequeme Verbindung. Im übrigen sollte ein jeder Deutscher es für seine erste Pflicht halten, ganz gleich ob ein vorübergehender oder längerer Aufenthalt im Ausland in Frage kommt, vor seiner Ausreise eingehende Auskünfte über das in Aussicht stehende Ziel-

land einzuholen. Wichtige Fragen harren der Lösung! Vorherige Klarheit über die Bestimmungen erleichtert die Abwicklung an der Grenze oder am Bestimmungsort. Fragen der Uebernachtung und der Preise hierfür bedingen nach der Ankunft im fremden Lande einer Klärung. Gibt das Land mit seinen wirtschaftlichen Verhältnissen die Gewähr eines sicheren Fortkommens, wobei die Verbindung mit der Heimat nicht außer acht gehalten werden darf. Muß nicht auch die Schülerziehung der Kinder Berücksichtigung im fremden Lande finden? Wo erhalte ich im Ausland Schutz und Rat, damit berufliche und geschäftliche Beziehungen angeknüpft werden können? Welche Siedlungsgesellschaften eignen sich zur Gründung einer Siedlung ohne Verlust des Geldes und der Gesundheit? Ist es nicht wichtig die Breite der Lebenshaltung und der Gehälter des Auslandes zu wissen, so daß Deutsche, die mit einem festen Vertrag ins Ausland reisen, einen Vergleich mit den vereinbarten Gehältern anstellen können? Welche Sorge und welches Unglück könnte durch die Einholung sachgemäßer Auskünfte erlitten und das Wohlbefinden des Deutschen im Ausland in vielen Fällen bewahrt bleiben. Die deutschen Konsulate im Ausland würden nicht in dem Maße von minderbemittelten und in Not geratenen Deutschen in Anspruch genommen werden. Zur Aufklärung und zur Abwendung persönlichen Scheiterns findet jeder Auslandsreisende Gelegenheit die vom Reich und Staat aufrechterhaltenen Auskunftsstellen (für Bremen, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe) kommt die Auskunftsstelle für Auswanderer und Auslandsreisende (ehem. Zweigstelle des Reichsrandungsamtes) in Bremen, Martinitstraße 14, in Frage, für Auswanderer und Auslandsreisende in Anspruch zu nehmen, die jedwede Auslandsfrage an Hand der immer neu eingehenden amtlichen Unterlagen und der vorliegenden ausländischen Vorentscheidungen und sonstigen Nachschlagewerken zu lösen vermag.

Apfelgeschichte 9, 6:

Auch die bekehrten Christen stehen vielfach abtheilt. Ich aber sage: sie sollen sich unserer Freiheitsbewegung mit der Frage gegenüberstellen: „Herr, was willst Du, daß wir thun sollen?“ Ich für meinen Theil habe aus der Goebels'schen Veramtlung deutlich die Antwort herausgehört, und ohne Zweifel mit mir viele, viele andere. Es kann nicht jeder ein Apostel Paulus sein, aber es kann und soll jeder die Frage hören und eine Antwort darauf suchen für sein Leben und die Stellung, die er einnimmt. Und sie soll für jeden ein Maßstab des persönlichen und familiären und bürgerlichen Lebens werden. Es gibt für uns nur eine vollkommenste Aufgabe, die uns bedingt: die Mission. Das ist Gottes Wille, wie er sich in Jesus offenbart hat. Das ewige „Ich bin“ und „Ich will“ steht uns gegeben und überwallend gegenüber und fordert unbedingten Gehorsam von uns. Es ist aber auch jeder verpflichtet, die Frage an sich selbst zu stellen: „Was willst Du, daß ich für mein Volk und Vaterland zu thue.“ Wie, wenn es bei uns so käme wie in Rußland? Wenn der Bolschewismus über uns hereinbräche und alles, was uns heilig,

Die unerhörten Vorgänge auf dem Woller Friedhof während der Beerdigung unseres ermordeten P. G. d. e. r. bildeten den Inhalt einer Verhandlung vor dem Einzelrichter Dr. Z e n g r a f e. Bekanntlich hatte der Friedhofsarbeiter S a m a n n während der Sargfahrt den Friedhof getragen wurde, laut geschimpft und höhnlich gelacht. Die Höflichkeit und Ansehnlichkeit des Pöbels war ein Strafgeheimnis mit der lächerlich geringen Strafe von 15 Mk. Trotz der Milde der Beurteilung legte der Angeklagte Einspruch ein. Er wollte nur mit sich selbst gerodet haben (!) Wenn es laut gewesen sei, dann sei es darauf zurückzuführen, daß er nicht hören konnte. Samann erschien denn auch mit gelber Binde um den Arm und auch einem Störpappier. Trotzdem hat er den Wachtmeister, der auf dem Friedhof zu ihm sagte: „Wie kommen Sie dazu, solche Verleumdungen zu machen“, ihm nicht mit in die Friedhofsbinde nahm, ganz gut verstanden. Nach Aussage des vorführenden Wachtmeisters war Samann arg untergraben. Zusatzen ist dem Angeklagten die Tat auf jeden Fall, er ist wegen Erregung öffentlichen Aergernisses und groben Unfugs schon vorbestraft. Die Aussage des Wachtmeisters, daß Samann nicht den Einbruch eines Scherhörigen machte, bezeichnet dieser als „Lüge“. Da er diesen Ausdruck nicht zuzunehmen will, wird er am Schluß der Verhandlung dieses Ausdrucks wegen zu einer Strafe von 5 Mk. wegen Ungebühr bestraft.

nahr und göttlich ist, geräufelnde und uns mit ihm? Wissen wir uns nicht Verwirrte, die wir, warum hast du nicht zur rechten Zeit bei der Nothwehr mitgeholfen? Warum bist du nicht für den guttgegebene Volk und seine heiligen Güter eingetreten? Warum hast du dich feige zurückgehalten oder hast dich verbohrt in deine unwertigen und einseitigen Theorien und Utopien? — Also herein in die rechte Front! Sinnew mit aller widerwärtigen und waderlosen Art! Eine freudige Antwort auf die Frage: „Serr, was willst Du, daß ich tun soll?“ Ich will tapferen und freudigen Serzens in die Reihen der Kämpfer eintreten. Ob arm, ob reich, ob alt, ob jung, ob Weib, ob Mann, wir können die Kämpfer der Wahrheit und können ein jeder seiner Kraft sich zur Verfügung stellen, dem heiligen Gotteswillen, der nicht zerstören, sondern bauen, nicht zerreissen, sondern heilen will.

Wir haben bereits verschiedentlich von der „Derap“ (Deutsche Vertriebsgesellschaft für chemische Delprodute AG.) hingewiesen. Nach Veröffentlichung unseres ersten Artikels wurde uns bekanntlich ein Schreiben der hiesigen Filiale zugehellt, das ankündete, als Verichtigung gelten sollte. Wir haben aber gleich auf die pflaumenweiche und nicht sittlichste Art dieser Erwidrerung hingewiesen. Nachdem hat die hiesige Vertretung, trotz verschiedener Angriffe im Bewußtsein ihrer Schuld nichts mehr von sich hören lassen.

zu unserer Freude sind wir in der Lage, wertvolles Material über die bösewärtigen Abbonaijatsbetreibungen ihres

Der Vertreter der Anklage, Referendar Gahlhoff, geißelt das Benehmen des Angeklagten als Vögel, es sei eine Kulturpflicht, dem Thoren und denken, die ihm die letzte Ehre erweisen wollten, die Wahrung nicht zu verlagern. Trotz dieser die häufigsten Tod feindlichen Worte beantragt die Staatsanwaltschaft nur eine Verhängung des polizeilichen Strafrechts. Der Richter erkennt demgemäß einen Urtheil von 15 W. Wie hoch würde wohl die "Strafe ausfallen sein, wenn nicht ein SM-Mann, der für das kommende Dritte Reich sein Leben hergeben mußte, sondern ein Reichsbannermann mit den Fahnen der Republik zu Grabe getragen wäre? Dann hätte die gesamte Presse der schwarz-roth-goldenen Zukunft entrüftet nach dem Republikflüchtigen gerufen. Und wenn gar der lebende Herr Seewering oder gar Herr Weiß durch höfliches Zaudern beleidigt wären? Es wäre nicht auszudenken, wie groß der Sturm der Entrüstung gewesen wäre.

Gerechtigkeit behalten wir uns für später vor!

Wenn auch die national-ökonomische Stellung zu den Dingen, davon abgesehen sollte, „Derop“ Größtenteils zu verdammen ist, so mehr die Hintergründe in diesem Wirtschaftsunternehmen innerpolitisch und für den deutschen Konsumverein und ähnlichen Organisationen gebührt, daß sie für verkaufte Waren, nach einer gewissen Zeit, eine sogenannte Rückvergütung ausgaben. Wenn wir diesem Geschäftsgebarung durchaus ablehnend gegenüberstehen, lassen sich Wandpreis-Verfallensgründe für seine Ablehnung anführen. Wenn aber die Deutsche Vertriebsgesellschaft für russische Produkte, genannt „Derop“, einen Vertrag mit der Fachorganisation des offiziell aufgelösten „Rot-Front-Kämpfer-Bundes“ tätigt, der besagt, daß die Mitglieder dieser Gemeinschaft einen finanziellen Vorteil haben, den ein Aufseherischer nicht bekommt, so beweist das mehr, als politische Abhängigkeit. Unsere Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch die Presse gehört, werden durch rechtlose, die Verfassung lächerlichstufende

Schwinder gefaßt. Der frühere Leiter der Beamtenbörse Bremen, Sifale Ubbremm, Heinrich Patenhausen jr., ist auf Grund des hiesigen Untersuchungsrichters wegen der im Jahre 1928 der der Beamtenbörse verübten Untersuchungen von insgesamt 168 000 Mark sowie wegen Weineindeverdatts in Amerika festgenommen und nunmehr im diplomatischen Wege ausgeliefert worden. Patenhausen jr. ist am 22. Januar in Bremerhaven eingetroffen und sofort ins hiesige Untersuchungsgefängnis überführt; er hat zum großen Teil gefändnis, so daß mit seiner demnächsten Aburteilung zu rechnen ist.

Bremer Getreidebericht. Weizen: Manitoba (1) 6.— unverzollt. Roggen: Nordrussischer 4.85 unverzollt. Gerste: Donau 4.75 unverzollt, Russen 4.85 unverzollt. Safen: Romm. Weizhasel 56-7 Rtl. 8.75, do. 54-5 Rtl. 8.60, do. 51-2 Rtl. 8.45. Mais: La Plata 8.65 verzollt, Donau Salz 7.90 verzollt. Tendenz: Stetig.

Sonnabend, den 30. Januar 1932

13.15 Wetterdienst. 14 Schallplattenkonzert. 14 Nachtriddienst. 15 Wetterdienst. 15.05 Vörfenfunf. 15.35 Schiffsahrtsfunf. 16 Reilebilder. 18 Das bunte Programm. 19.55 Wetterdienst. 20 Sifone aus Defterreich. 22 Nachtriddienst. 22.30 Tanzfunf. 23.20 Eisbericht.

für Sonntag, den 31. Januar 1932

Bremische Evangelische Kirche
 Evang. Kirchenkanzlei, Sandstr. 10-12,
 Dienststunden von 9—13 u. 15—18 Uhr,
 Fernruf D. 23 831 u. 28 679

St. Petrusdom: 10.15 Uhr: Weidemann, Bedenamtung f. d. Gemeindepflege, 11.30 Uhr: Kindergottesdienst im Dom-Weidemann, 18 Uhr: Mauritz, Abendmahl, Bedenamtung f. d. Gemeindefürsorge. — **Sankt Marien:** 10.15 Uhr: Schäfer, Bedenamtung f. d. Gemeindepflege, 10.45 Uhr: Taufen derselbe. — **Hl. E. Frauen:** 10.15 Uhr: Witten, Abendmahl, 18 Uhr: Groscurth, 1.45 Uhr: Kindergottesdienst, 13 Uhr: Taufen in der Kirche. — **Aula Victor:** 9.30 Uhr: Groscurth. — **St. Ansgari:** 10.15 Uhr: Bode, 11.15 Uhr: Kindergottesdienst derselbe. — **St. Michaelis:** 10.15 Uhr: Taufen in d. Kirche der Damerowstr. 35. — **Taufen im Flare:** 10.15 Uhr: Taufen im Flare, 11.30 Uhr: Greiffenhagen, 11 Uhr: Taufen der Hl. Greiffenhagenskirche, 11 Uhr: Taufen der Hl. 11.15 Uhr: Kindergottesdienst der Hl. 11.30 Uhr: Kindergottesdienst in der Oberkirkaula am Dovenroten Rojenboom, 18 Uhr: Rojenboom, Donnerstag 20 Uhr: Bibelbesprechende im Stephanie-Gemeindehaus Greiffenhagen. — **Stephani-Gemeindehaus,** Sommerit.: 10.15 Uhr: Rojenboom, 11 Uhr: Taufen der Hl. 11.15 Uhr: Kindergottesdienst Vogt, 12 Uhr: Taufen

en derf. Donnerstags 20.15 Uhr: Bibel-
 stunde 84g. — **Bildadi:** 10 Uhr: Artl. 11
 Uhr: Taufen derf. 11.30 Uhr: Kindergettes-
 dienst. Vater. 11.30 Uhr: Kindergettes-
 dienst im Saal Souffritstraße Artl. 18 Uhr:
 von Schönenflügel. 20.15 Uhr: Orgelcon-
 fert von Organtist Seumann-Kloster Loccum.
 Donnerstag 20.30 Uhr: Bibelstunde im Saal
 Souffrit. Artl. — **Zummannel:** 10 Uhr: Tief-
 senhof. 11.15 Uhr: Kindergettesdienst. 12
 Uhr: Taufen. — **St. Remberti:** 10.15 Uhr:
 Schomburg. 11.15 Uhr: Taufen. 11.30 Uhr:
 Kindergettesdienst derf. — **St. Michaelis:**
 10.15 Uhr: Gottesdiener. 11.15 Uhr: Kinder-
 gettesdienst derf. 12.30 Uhr: Taufen derf.
 Donnerstag 14.30 Uhr: Taufen Doventors-
 deich 4. — **St. Michaelis-Gemeindehaus,**
 Lindshüterstr. 3: 10 Uhr: Beerdile. 11.30
 Uhr: Kindergettesdienst derf. 12.30 Uhr:
 Taufen derf. — **Friedenskirche:** 10 Uhr: Ur-
 ban. 11 Uhr: Taufen derf. 11.15 Uhr: Kinder-
 gettesdienst i. d. Kirche. 12.30 Uhr: 11.15
 Uhr: Kindergettesdienst Wielandstr. 13: Ur-
 ban. 19.30 Uhr: Gemeindeabend, Regitati-
 onen, Vortrag ect. (Rheider, Wiegner u. a.)
 Mittwoch 16.30 Uhr: Frauennachmittag.
 Freitag 20.15 Uhr: Männerverein im Ge-
 meindehaus. — **St. Pauli:** 10 Uhr: D. Be-
 rief. 18 Uhr: Mallow. 11.30 Uhr: Kinder-
 gettesdienst i. d. Kirche. 18 Uhr: 11.30 Uhr:
 Sonntagsschule i. Gemeindehaus Mallow.
 11.30 Uhr: Taufen Bräukern 18. — **St. Marien:**
 Mallow. 12.30 Uhr: Taufen Holander. 9
 Uhr: Bibelstunde fällt wegen des Wils-
 sonsabends aus. — **Söhndorf:** 10 Uhr:
 Woche. 11.30 Uhr: Kindergettesdienst derf.

2,45 Uhr — **Taufen** der. **Vißfeldt** vom **Freitag**
20 Uhr — **Juni**: 51. **Jahresfest** des **St.**
Pauli-Männer- und **Jünglingsvereins**, 10
Uhr: **Festpredigt** **Saarmann**, **Gefang** des
Männerchors, 11,15 **Uhr**: **Kindergottesdienst**
Kramer, 12 **Uhr**: **Taufen** derl. 19 **Uhr**:
Nachfeier des **Jahresfestes** im **Gemein-**
saale Galtfeldstr. 53. **Vißfeldt** vom **Kaufst.**
34: **Freitag** 20 **Uhr** f. **Frauen u. Jg.** **Wid-**
ern, **Sonabend** 20 **30 Uhr** für **Männer**. —
St. Jakob: 10 **Uhr**: **Lange**, 11,15 **Uhr**:
Taufen i. d. Kirche, 15 **Uhr**: **Nachbilder**
des Kindergottesdienstes im **Gemeindehaus**
Kirchweg 55. — **Gröpelingen:** 10 **Uhr**: **Erbe-**
mann, 11,15 **Uhr**: **Kindergottesdienst** derl.
Dienstag 20 **Uhr**: **Vißfeldt** vom **Lehrstall**
Goorden. — **Oelschlägen:** 10 **Uhr**:
Schmidt, 11,30 **Uhr**: **Kindergottesdienst**,
Sabst: 10 **Uhr**: **Kahn**, 11,30 **Uhr**: **Kind-**
ergottesdienst derl. 12,30 **Uhr**: **Taufen i. d.**
Kirche, **Dienstag** 20,15 **Uhr**: **Vißfeldt** vom
der Kinderbewachanstalt, **Donnerstag** 12 **Uhr**:
Taufen in der Kirche. **Wied:** 18 **Uhr**:
Klein. — **Woltershauser Christuskirche:**
10,15 **Uhr**: **Brühl**, 11,15 **Uhr**: **Kindergottes-**
dienst derl. **Willinghausen:** 10 **Uhr**: **Thy-**
len, 1,30 **Uhr**: **Kindergottesdienst**. — **Horn:**
10 **Uhr**: **Brasch**, 11,40 **Uhr**: **Kindergot-**
tesdienst derl. **Grambt:** 10 **Uhr**: **Goop**,
11 **Uhr**: **Kindergottesdienst**. — **Dielen-**
hausen: 10,30 **Uhr**: **Frid**. — **Vrem. Offi-**
z: **Wegmann:** 9 **Uhr**: **Rauche**. — **Deutsche**
Semannsmiffion: 20 **Uhr**: **Saarmann**. —
Evangelische Auswanderersmission: **Wibbides-**
gottesdienst am **Tag** vor **Abgang** der **Ueber-**
leebdampfer um 15 **Uhr** im **St. Michaelis-**

Gemeindehaus, Landshuterstr. 3, direkt hint.
dem Lloydheim.

Arten: 9.30 Uhr: Wasle. 10.30 Uhr: Sinder-gottesdienst. — Vorgfeld: 10 Uhr: Robt-mann. — Kirchbuchtung: 10 Uhr: Weßels. 11.15 Uhr: Sonntagschule derj. — Ober-neuland: 10 Uhr: Reuße. 11.15 Uhr: Kin-dergottesdienst und Taufen. Mittwoch 20 Uhr: Jugendbund. — Seehaufen: 10 Uhr: Schmides. — Wasserhorst: 10.30 Uhr: Kam-didat Schmalenbach. — Altenheim-Osterholz: Dienstag 16 Uhr: Feiertags Reuße.

C. Besondere Organisationen der Brem.
Evang. Kirche.

Jugendbund für enfch. Chriftentum e. B.
 Breiten 1, Georgstr. 19: Sonabend 16 Uhr: Kinderbund. Sonntag 20,30 Uhr: Evangelisation. Mittwoch 20,30 Uhr: Bibelstunde nach dem Zehembuch. Freitag 20,30 Uhr: Chorüb. — **Landesfirchliche Gemeinschaft e. B.**, In der Finken 21: Sonntag 11,15 Uhr: Sonntagsschule. Mittwoch 17 Uhr: Kinderbund. 20,30 Uhr: Bibelstunde. Freitag 20,30 Uhr: Gebetsstunde. — **Jugendbund f. enfch. Chriftentum, Breiten 2, F. d. Finken 21: Sonntag 18 Uhr: Jugendbund. Donnerstag 20,15 Uhr: Missionsstunde. Jeden Dienstag 19,30 Uhr: Freundeskreis. — Grövelingen, Aelentfing: Sonntag und Donnerstag 20 Uhr: Bibelstunde. — Ev.-Luth. Pölnenianifche (u. Luth.neran), Victorstraße 21: 17 Uhr: Gottesdienft Kemmer. Jeden Mittwoch 20,30 Uhr: Bibelstunde.**

Volk und Wirtschaft

Die preußische Sparverordnung — ein Schlag gegen die Landwirtschaft

Was bedeutet die Auflösung der Kulturrämter?

Von einem höheren Beamten.

Schwarz-roter Bauernhaß

In der zweiten preußischen Sparverordnung vom 23. 12. 31 findet sich der § 14: „Die Kulturrämter werden aufgehoben. Zeitpunkt der Aufhebung sowie das Nähere über die Durchführung bestimmt das Staatsministerium. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat dem Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Finanzminister unverzüglich Vorschläge vorzulegen.“

Die Tatsache, daß sich in der Presse und weiteren Öffentlichkeit kein Widerstand, ja nicht einmal eine Kritik an der beschriebenen Maßnahme geäußert hat, beweist, daß man sich in weitesten Kreisen, auch in Kreisen, die von den Auswirkungen unmittelbar betroffen werden, über deren Tragweite nicht im klaren ist. Wenn das der Fall wäre, müßte besonders aus Kreisen der Landwirtschaft ein Sturm der Entrüstung losbrechen, nicht nur gegen die Regierungsmaßnahmen selbst, sondern ebenso gegen die Parteien, die eine solche Politik, die genaugenommen Notverordnungen verbieten, mitmachen und sogar noch unterstützen. Gegen die gesamte preußische Landwirtschaft soll von den rot-schwarzen Parteien Preußens ein Schlag geführt werden. Hier die Hinter- und Beweggründe, die natürlich nicht fälschlich sondern politischer Art sind, aufzudecken, dazu sollen die nachstehenden Ausführungen dienen.

Die Aufgabe der Kulturrämter

Vorur auf die eigentlichen Gründe für die Auflösung der Kulturrämter und deren Folgen eingegangen wird, muß die Aufgabe der Kulturrämter kurz um-

risien werden. Die Kulturrämter sind preußische Staatsbehörden, die dem preußischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unterstellt sind. Neben der technischen Unterbreitung des Regierungspräsidenten in allen landespolizeilichen und sonstigen haushälterischen Angelegenheiten, die in diesem Zusammenhang von geringerer Bedeutung sind, werden von den Kulturbauämtern fast alle Projekte und Bauausführungen bearbeitet, die der Verbesserung der Landwirtschaft dienen, d. h. die eine Ertragssteigerung der landwirtschaftlich genutzten Bodenkflächen erzielen. (Meliorationen). Die Viezzucht und der Umfang ihres Ausgabengebietes werden ausnahmslos durch die Aufsicht der wichtigsten Einzelgebiete:

1. Beseitigung von Ueberschwemmungen, Verumpfunngen und Austrocknungen (Eindeichungen, Schöpfwerke, Aufstaueranlagen, Talsperren, Bewässerungsanlagen).
2. Steigerung der Erzeugungsleistung genutzter Flächen durch Verbesserung des Grundwasserstandes, Bodenverbesserungen und Neubesamung (Moorkultur, Grünlandkultur).
3. Neugewinnung von Kulturland (Urbarmachung, Deichlandkultur, Landgewinnung).

Schon aus dieser kurzen Aufzählung ergibt sich die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Kulturrämter für den Staat, dessen Ziel die Erhaltung und Stärkung des Volkes sein muß, was vor allem dadurch erreicht wird, daß die Ernährung des Volkes auf eigener Scholle gesichert ist.

turland bei gleichzeitiger Behebung oder mindestens starker Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Die vorgeschlagenen „Ersparnisse“-Gründe

Wenn man unter solchen Gesichtspunkten die beschriebene Auflösung der Kulturrämter in Preußen betrachtet, kommt einem erst der ganze Widerspruch der Maßnahmen zum Bewußtsein. Die Sparverordnung verbietet leider eine gebührende Kennzeichnung.

Es handelt sich bei Sein oder Nichtsein der Kulturrämter nicht so sehr um das Wohl und Wehe der paar hundert Beamten und Angestellten, die von den preußischen „Ersparnismaßnahmen“ betroffen werden. Der Schlag der schwarzroten Preußenpartei richtet sich vor allem gegen die Landwirtschaft und damit gegen das deutsche Volk. Wenn die Landwirtschaft stirbt, stirbt das Volk!

Was sind nun die Gründe zur Auflösung der Kulturrämter? Sie sind verschiedener Art. Vorgeschützt wird, um Ersparnisse zu erzielen, die Verwaltungsreform. Unproduktive Verwaltungen sollen aufgelöst werden. Die Kulturräumverwaltung mit heute insgesamt etwa 600 Beamten und Angestellten und den vorgeschriebenen Aufgaben ist wohl die „unproduktivste“ aller Verwaltungen. Eine viel größere „unproduktive“ Arbeit wird z. B. von den Kommunalverwaltungen geleistet mit ihrem Haufen von Beamten! Die Stadt Berlin hat beispielsweise mehr Angestellte und Beamte als die ganze preußische Staatsverwaltung vor dem Kriege. Im übrigen sind die angeblichen Ersparnisse nur sehr gering; nach Berechnungen belaufen sie sich auf höchstens 1 Million RM. im Jahr.

Außer diesen für den Laien unter dem Schlagwort Verwaltungsreform zunächst verständlichen Gründen, sind aber vor allem noch andere bestimmend für die Maßnahmen gemeint.

1. Die preußische Regierung wird fast ausschließlich

Beeinflusst vom Marxismus

der bewußt landwirtschaftsfeindlich ist. Anmerkungen maßgebender marxistischer Regierungskreise über die Notwendigkeit der Sparverordnung lassen darauf schließen, daß dort immer noch, vielleicht mehr denn je, die Ansicht vertreten wird, wir seien ein Industriestaat und kein Agrarstaat, die fehlende

den Lebensmittel könnten billiger eingeführt werden. Das bedeutet die Worte Bebel's, des größten Führers der Sozialdemokratie, in die Tat umsetzen: „Es bewahrt sich wieder einmal, daß es keine egoistischere und brutalere, aber auch keine borniertere Klasse gibt als andere Bauern. Wer die Rückwärtsentwicklung liebt, weil er dabei seine Genugtuung findet, mag an der Fortschrittlichkeit dieser Schicht seine Genugtuung finden; der menschliche Fortschritt bedingt, daß sie verschwinden!“

Deshalb sollen keine haushälterischen Maßnahmen zur Durchführung von Meliorationen an Meliorationsgenossenschaften u. m. gegeben werden. Deshalb ist für Kulturbauämter keine Arbeit mehr vorhanden und deshalb können sie aufgelöst werden.

Der rot-schwarzen Preußenregierung ist natürlich auch sehr wohl bekannt, daß heute der größte Teil der deutschen Bauernschaft beim Nationalsozialismus steht. Auch schon deshalb muß eine Unterbreitung der Landwirtschaft aufhören. (Vergl. die letzten Wahlen zu den Landwirtschaftskammern und die Auflösung der Landwirtschaftskammer in Ostpreußen.)

Die Auflösung der Kulturrämter ist also nur das äußere Kennzeichen, daß die schwarzroten Preußenpartei nicht daran denken, der Landwirtschaft zu helfen, vielmehr ihren Ruin wünschen und fördern.

2. Durch die enge Verbindung der Kulturrämter mit der Landwirtschaft ist die Verarmung der Kulturräumverwaltung, die sich auf einem großen Teil aus Bauernschaften zusammenstellt, den marxistisch-liberalen Einflüssen wenig zugänglich gewesen. Heute steht ein erheblicher Teil der Beamtenchaft in unserem Lager.

Parasiten sind so gut wie unbekannt

Im Sinne der Sozialdemokratie sind daher die Kulturrämter als höchst staatsfeindlich zu betrachten. Der angebliche Sparwille des Finanzministers ist also ein höchst willkürlicher Anlaß, diese staatsfeindlichen Spaltplätze zu zertreten.

3. Die von den Kulturräumverwaltungen geleistete Vorarbeiten in Form einer sehr großen Anzahl fertig bearbeiteter Projekte, bieten ausgezeichnete Unterlagen zur alsbaldigen Inangabe des Arbeitsdienstes, falls eine nationalsozialistische Regierung das Staatsvermögen am 1. 1. 33 übernehmen sollte. Hier bietet sich eine Gelegenheit, dem verhassten Nationalsozialismus ein Knüttel zwischen die Beine zu werfen oder zum mindesten dessen Arbeit zu erschweren, dadurch, daß man ein Hauptinstrument für die Einführung des Arbeitsdienstes zerstört und die bisher geleisteten Vorarbeiten in alle Winde zerstreut.

Zusammenfassend ist also die Auflösung der Kulturrämter das sichtbare

Die Kulturrämter im Dienste der Volksernährung und Arbeitsbeschaffung

Die unabweisbare weittragende Bedeutung der Aufgaben der Kulturrämter wird monchem jedoch erst klar werden an Hand nachstehender Darlegungen.

Allen entwerfendsten und verbesserungsbedürftig sind in Deutschland rd. 10,5 Millionen Hektar, d. h. über ein Drittel der landwirtschaftlich bestellten Fläche Deutschlands, auf denen noch Entwässerung und Verbesserung des Bodens Ertragssteigerungen von rd. 800 Millionen RM. erzielt werden können.

2240000 Hektar Moorküsten und 600000 Hektar Deichland bringen nach Kultivierung eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung im Werte von rd. 700 Millionen RM.

Schwarzwasser- und Moorküsten, Umlegungen, Bewässerungen bedeuten Mehreinnahmen im Werte von 500 Millionen RM.

Insgesamt kann die landwirtschaftliche Mehreinnahme um rd. 2 Milliarden RM. gesteigert werden mit einem Kostenaufwand von rd. 10 Milliarden RM.

Allen durch die genannten Verbesserungen des Bodens, die in der Hauptsache zum Aufgabenbereich der Kulturrämter gehören, können von den z. B. noch aus dem Ausland, aber in Deutschland erzeugbaren Lebensmitteln im Werte von 3 Milliarden RM., 2 Milliarden selbst erzeugt werden. Der Rest von 1 Milliarde RM. läßt sich durch bessere Düngung, besseres Saatgut u. m. ebenfalls noch ausgleichen.

Aber nicht nur in einer materiellen Wertsteigerung zeigt sich der Erfolg dieser Meliorationsarbeit, noch höher zu bewerten ist die Tatsache, daß mit der Durchführung solcher Arbeiten vielen, heute erwerbslosen, deutschen Menschen Arbeit und Brot und nach der Durchführung auch Siedlungsmöglichkeiten geboten werden können. Bei Durchführung der gesamten Meliorationsarbeiten mit einem Aufwand von rd. 10 Milliarden RM. im Rahmen eines 10-jährigen Planes entliefe auf ein Jahr ein Aufwand von 1 Milliarde RM., mit denen 800000 Menschen beschäftigt werden könnten, die noch weiteren 240000 Menschen zusätzliche Arbeit bieten würden. Es könnten also allein durch die Ausführung der Arbeiten 700000 Menschen 10 Jahre lang Arbeit finden.

Welche Möglichkeiten könnten sich hier einer Staatsführung zur Minderung der Arbeitslosennot mit Hilfe des Arbeitsdienstes bieten?

Ungleich wichtiger jedoch sind die Auswirkungen der Meliorationen. Durch die genannte Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Werte von 2 Milliarden RM. wird die Erzeugung der Gesamtwirtschaft um weitere 2% Milliarden RM. vermehrt, so daß also durch die Durchführung der Meliorationen 4% Milliarden RM. Mehrerträge aus der Gesamtwirtschaft erzielt werden können. Dies beträgt Arbeit und Brot für etwa 1,8 Millionen Menschen, von denen ein großer Teil auf eigener Scholle beschäftigt werden kann. Wenn gar durch intensive Landbewirtschaftung die Ertragssteigerung um eine weitere Milliarde erhöht wird, ist es möglich, sogar 27 Millionen Erwerbslosen wieder dauernd Einkommen und Auskommen zu geben.

Schon diese einfachen Zahlen erweitern jedoch, der guten Willens ist und sich nicht mit Sand und Saaten dem Marxismus verschrieben hat, die ungeheure Bedeutung der Meliorationen für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Hier wird ein Weg gewiesen zur Überwindung der Gefahr der Arbeitslosigkeit.

Unser Führer Adolf Hitler hat denn auch in klarer Erkenntnis immer auf die Bedeutung der Landwirtschaft für ein Volk hingewiesen, und Gregor Strasser hat in seinem Wahlkampfspruch „Mittelstand und Ausverkauf“ (W. B. Nr. 12 1932) dem in klarer Form Ausdruck verliehen:

„... die Rettung Deutschlands liegt in der nationalen Innenwirtschaft. Diese aber ist nichts anderes als die Lösung der Aufgabe, die deutsche Landwirtschaft mit allen möglichen Mitteln und auf allen möglichen Wegen in Form zu heben. Das Reichsproblem ist das preussische Problem und das preussische Problem ist das Agrarproblem. Wird dieses Problem nicht umfassend angepackt und gelöst, steht die Vorbereitung eines neuen 1932 nicht schon unter den neuen Gesichtspunkten, sondern wird auch hier wie früher weiter gewartet, dann wird der Ausverkauf der Erde und die Lage der Landwirtschaft geradezu furchtbare, fast unflüchtige Schwerkriegsrisiken schaffen.“

Den Kulturräumverwaltungen fällt in der Hauptsache die Aufgabe zur technischen Vorbereitung und Durchführung dieser Meliorationen — Neugewinnung und Verbesserung von Kul-

Zeichen der Landwirtschaftsfeindlichkeit

der heute herrschenden Partei-Notverordnung-Diktatur. Der Schlag geht vor allem gegen den Lebensnerv des deutschen Volkes, gegen die Landwirtschaft. Unsere Aufgabe ist es, diese Zusammenhänge klar herauszustellen.

Überaus bezeichnend ist auch hier wieder das Verhalten fast der gesamten Systempresse den sogenannten Sparmaßnahmen der Regierung gegenüber. Sie, die annahmend vorgibt, die alleinigen Hüter der Belange des Volkes zu sein, bringt kein Wort über die Folgen deren Durchführung!

Nun noch ein Wort über die Beamtenchaft. Die beschriebene Auflösung der Kulturrämter hat wie eine Bombe in der Beamtenchaft eingeschlagen. Beamte, die seither, solange sie materiell noch gesichert waren, wenig Verständnis für die ungeheure Notlage breiterer Volksschichten gezeigt haben, sehen sich jetzt in ihrer Existenz bedroht. Eine Belpredung

folgt auf die andere; Eingaben sollen gemacht werden, in der Hoffnung, das ihnen verhängte drohende Unheil nochmals abwenden zu können. Diesen Beamten sagen wir Nationalsozialisten: Solange ihr noch immer nur euren persönlichen Belangen nachgeht und darüber das Volk verachtet, habt ihr nicht nur keine Beförderung zu erwarten, vielmehr wird das Schicksal unrettbar seinen Gang nehmen. Denn auch, daß ihr alle Teile des Ganzen seid und paßt euch ein zur Rettung des Ganzen. Das Ganze, das deutsche Volk, kann aber nur gerettet werden durch baldige Beseitigung des schwarzroten Parteiensystems von heute und Errichtung des wahren Volksstaates Adolf Hitlers. Dann wird es sich erweisen, ob die Beamtenchaft gewillt ist, die Schuld anzuerkennen, die sie vor der Geschichte auf sich geladen hat, dadurch, daß sie sich am 9. November 1918 bedingungslos den roten Landesverrätern zur Verfügung und auf den Boden der Tatladungen gestellt hat.

Krampf!

Ultimatum des Preis-Kommissars an säumige Gewerbetreibende

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat an seine Beauftragten in den Ländern sowie an die Bürgermeister und Gemeindevorstände ein Rundschreiben gerichtet, in dem er u. a. auf verschiedene Mißstände hinweist. So würde z. B. seine Anordnung über Preisblätter und Preiszeitschriften noch nicht genügend angewandt, vor allem vom Friseurgewerbe. Er fordert die maßgebenden Stellen auf, den betreffenden Gewerbetreibenden eine Frist von 24 Stunden zu stellen, und wenn dann nicht Abhilfe geschaffen worden sei, an ihn, den Preis-Kommissar, zu berichten.

Aus wesentlichen Gründen lägen Beschwerden darüber vor, daß an Lohnlagen und am

nächsten Tage die Preise unzulässig erhöht würden. Der Preis-Kommissar fordert deshalb die zukünftigen Stellen auf, eventuell mit Geschäftsschließung vorzugehen.

In Kürze

Berlin. Nach einer amtlichen Mitteilung soll am 1. Februar 1932 eine Senkung der „gebundenen“ Bierpreise eintreten: Koffen wir!

Stockholm. Der bekannte Volkswirtschaftler, Professor Gustav Cassel, erklärt, die Gläubiger Deutschlands hätten ihr Recht auf Tribute verwirkt, da sie ihrem Schuldner durch Erhöhung von Zollgrenzen die Zahlung unmöglich machten und ihm darüber hinaus noch unermesslichen Schaden zufügten.

